

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erhältlich jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr
4,50 M., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post
das Versandgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 II
Telephon: Amts VII, Nr. 1078.

Inserate pro Begeisteerte Seite 2 M., Arbeitssatz 50 Pf.
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an
Otto Behms, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.

Auflage: 107000 Exemplare

Inhalt:

Der Arbeit Hoffnungsglaube (Gedicht). — Man muß sich schämen, ein Preuse zu sein. — Eine neue Attacke. — Der Einheitslohnarbeitschließfachwerker. — Die „Gelben“ in Osnabrück. — Posamentierer-Konferenz. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. — Soziales. — Aus Unternehmertreissen. — Vermischtes. — Berichte aus Sachsen. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Streitfalltafel. — Versammlungskalender. — Dultungen. — Anzeigen. — Feuilleton; Sachgewerbliche Mundschau. — Wirtschaftliche Mundschau.

Der Arbeit Hoffnungsglaube!

Von Eugen Fritsch.

Der Arbeit blüht ein junger Tag,
Ein gold'ner Lenzesmorgen,
Da schläfe, wer noch schlafen mag,
Und bange fort in Sorgen!
Wir wandern froh ins grüne Feld,
Auf freie, lichte Höhen,
Und lachend grüßt die melle Mutter,
Will freie Männer sehen.

Im Tale der Gekrönten Schreie,
Gellir von Sklavenketten.
O, Volk der Arbeit, werde frei!
Empor, dich zu erretten!
Steig' mit uns auf der Berge Höh'n,
Von Kampfesmut getragen,
Dann wirst du all' die Wunden seh'n,
Die dir dein Feind geschlagen.

Sieh dort des gold'n Mammons Trug,
Und seine fiesen Rechte.
Der Pfaffen falsche Lüg', den Zug
Und deine Lügen Rechte.
Nur frisch gekämpft! Nur unverzagt!
Nicht kannst du unterliegen.
Der Arbeit blüht ein junger Tag:
Die Freiheit muß einst siegen!



Man muß sich schämen, ein Preuse zu sein.

Als im vorjährigen Jahre der Zentrumsabgeordnete Giesberts die vorstehenden an sich sehr berechtigten Worte im Reichstag aussprach, da hat er wohl nicht daran gedacht, daß gerade in denjenigen Landesteilen, in welchen das Zentrum vorherrschend ist, in denen sich der preußische Polizeipräsident mit den ultra-montanen und unduldsamkeit paart, die inner-politischen Zustände in Preusen am standhaftesten sind, am allermeisten dazu berechtigen, auszurufen: „Man muß sich schämen, ein Preuse zu sein!“

Gewiß, man muß sich schämen, ein Preuse zu sein, wenn man eine solche Ungerechtigkeit sieht, wie sie vor einigen Tagen in einem Prozeß gegen einen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vor dem Strafgericht des Königs-Landgerichts in Bremen aufgetreten ist.

So ist das, was wir dort vor uns abspielen sehen, eine Schmach, welche ewig zum Minnel schreit.

Die Veranlassung zu dem Prozeß war ja eigentlich, oberflächlich betrachtet, sehr geringfügiger Natur. Ein Bergarbeiter namens Müsler in Melleinghausen in Westfalen, dem Wahlkreise des Herrn Schäfer, Vorsteher des christlichen Textilarbeiterverbandes, hatte im vorjährigen Jahre in Melleinghausen in ein von den Gewerkschaften genießbares Lokal eine Versammlung einzuberufen. Diese Versammlung war, gleich den früheren, bei der Eröffnung von dem aufsehenden Polizeibeamten aufgelöst worden. In der Erregung darüber, daß es auf diese Weise den organisierten Arbeitern unmöglich gemacht worden sei, ihrem sozialdemokratischen Rechte und Versammlungsrecht, einen Gebrauch zu machen, waren dem Müsler die Worte entfahren: „Das ist eine Schmach!“ Zu diesen Worten erwiderte der Vertreter des heiligen Zentralbundes eine Befreiung, wagte den Müsler an und läßt ihn vom Schöffengericht in Melleinghausen

eine Woche Gefängnis. Müsler hatte gegen dieses Urteil Revision eingereicht, um den Beamten zur erbringung, daß es die Polizeibehörde in Melleinghausen es einfach unmöglich mache, daß die Arbeiterschaft, so weit sie in den freien Gewerkschaften organisiert ist, eine Versammlung abhalten könne. Mehr als 50 Bringen waren zu dieser Gerichtsverhandlung geladen. Und wir müssen sagen, was da trok der auffallende Vergesslichkeit so manches Bringen, der es wohl mit der Polizei nicht verderben wollte, jüngst gefordert wurde, übersteigt alles, was auf diesem Gebiete bisher dagewesen ist. Da wurde in vergangener Zeit so viel geschrieben über die Handhabung des sächsischen „Lobes“. Und in der Tat, auch in Sachsen wurde durch die Willkür der Polizei den Arbeitern das Vereins- und Versammlungsrecht oft illusorisch gemacht. Aber alle Willkür der sächsischen Polizei werden weit in den Schatten gestellt durch die Art und Weise, wie in den Zentrumsgebieten Preußens, in Ober-Sachsen sowohl, wie namentlich in Westfalen und im Rheinland, das preußische Vereins- und Versammlungsrecht „gehahnt“ wird. Erst vor kurzem haben wir eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts veröffentlicht, welche unser Kollege Neimann in Krefeld gegen die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts des Bürgermeisters von Lobberich herbeigeführt hatte. Selbst der Regierungspräsident in Düsseldorf hatte die ungerechte Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts durch den Lobbericher Bürgermeister als rechtlich bezeichnet, obwohl man doch von ihm das Gegenteil erwarten durfte; schon damit seine Entscheidung nicht rechtfertigt werden konnte.

Auch auf der rechtsrheinischen Konferenz unseres Verbandes, welche vor einigen Monaten stattfand, wurde über in Westfalen geübte Polizeipraktiken, durch die den organisierten Arbeitern fast alle Lokale abgetrieben, die Gastwirte durch Schanksperren und polizeilichen Druck aller Art veranlaßt werden, den organisierten Arbeitern ihre Lokale zu verweigern, abgestimmt.

Es ist ein besonderer Ausnahmefall, nach dem in vielen Orten Westfalens die Staatsbürger politisch „regiert“ werden. Um nun gegen diesen, allem Recht und Gerechtigkeit widersprechenden Ausnahmefall in der weitesten Offenheit und den entschiedensten Protest zu entfachen und der weiteren Russifizierung der preußischen Staatsbürger durch Einschränkung der schon so wütigen politischen Rechte entgegenzuwirken, wollen wir nachfolgend an der Hand der Belegauslagen in dem gegen die Melleinghauser Polizeipraxis in Bremen geführten Prozeß einmal zeigen, wie es in den ultra-montanen Bezirken des Landes mit den vollendeten Rechtsgarantien aussieht. Der beschämte Mann unseres Platzen verläßt es uns leider, den Lesern das ganze Verhandlungsbild vor Augen zu führen; wir müssen uns auf die Wiedergabe einiger besonders in die Augen fallender Bruchstücke beschränken.

Der Reichstagsabgeordnete Sachse wies nach, daß diejenige Mitglieder des Bergarbeiterverbandes oder des Arbeiterkonservativen, welche Westländer waren, wegen dieser ihrer Mitgliedschaft aus dem Stadt- und Landkreis Melleinghausen ausgewiesen worden seien. Hätten diese Leute aber eine schriftliche Beschönigung gebracht, daß sie aus den Verbänden ausgetreten seien, so hätte die Polizei die Ausweisung wieder rückgängig gemacht. Die Leute seien von der Polizei aufgefordert worden, aus dem Verbande auszutreten und den christlichen Gewerkschaften beizutreten; täten sie das, dann sollten sie keinen Ausweisung ausgesetzt sein. Vor zwei Jahren sei auf dem Bureau des Bergarbeiterverbandes eine große Anzahl von gleicher Hand geschriebener Postkarten eingegangen, auf denen je ein Mitglied seinen Ausdrift aus dem Verbande erklärt, und als man der Sachen nachging, habe sich herausgestellt, daß diese Karten von einem Polizeikommissar geschrieben worden waren. Diese Leute seien auf das Polizeibureau bestellt worden, wo man sie aufgefordert habe, diese Karten zu unterschreiben, und dann habe die Polizei diese Karten selbst abgeschafft. Ist dem so, dürfte die Frage am Platze sein, wer denn das Porto für diese Karten bezahlt hat?

Wenn Polizeibeamte sich in den Dienst der christlichen Gewerkschaften stellen und mit einem solchen Eifer — von Terrorismus ausgenommen — wir aus gewissen Gründen nicht reden — für sie ins Werk geht, dann wäre es doch nur der Willigkeit entsprechend, wenn die „Christen“ wenigstens das Porto für diese Agitation bezahlt hätten; oder haben sie das Porto für diese Agitation in ihrer christlichen Anspruchslösigkeit aus dem Melleinghauser Städtsadel zahlen lassen? Wir trauen es ihnen schon zu, obgleich man erwartet sollte, daß bei dem großen Verhältnis zwischen den christlichen Gewerkschaften und der Polizei bestand, und wohl nicht nur in Melleinghausen, sondern auch in den meisten anderen Orten, in denen die Polizei unter dem Zentrumbanner für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ streitet, auch heute noch besteht, die christlichen Gewerkschaften etwas weniger länderig wären. Aber wahrschafthämmert ist ihr Benehmen gegenüber den väterlichen Fürsorge ihrer polizeilichen Brüder. Während sich die Polizei im Schweiße ihres Angesichts mithilf den christlichen Gewerkschaften auf die Beine zu helfen, muß der Polizeikommissar Stöwer, nach Aussage des Zeugen Witten, in dem er ein Mitglied des christlichen Verbandes vor sich zu haben glaubte, in den Stoßfuß ausbrechen: „Du mußt besser Sorgé tragen, daß auch die Molen nicht über den Kopf wachsen.“ Diese Molen viel mehr Versammlungen ob wie Ihr.“ Ist das nicht eine geradezu lächerliche Fürsorge? Während so die christlichen Gewerkschaften von der Kunstdpolizei Sonne im breiten Umfang bestrobt wurden, konnten die freien Gewerkschaften nicht aus dem Schatten dieses Systems zur Begünstigung der „christlichen“ heraus.

Der Bürgermeister Hauser in Melleinghausen gab zu, daß er dem Wirt Michael ein Strafmandat von 30 Mark gesandt habe, als er sein Lokal zu einer öffentlichen Versammlung für den Bergarbeiterverband her-gegeben hatte. Das Lokal war plötzlich „baufällig“ geworden. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heinrich Berlin, stellte fest, daß vor der Versammlung der dreistufige Bewerbsverein öffentliche Versammlungen abhalten konnte; auch der Kriegerverein hielt öffentliche Versammlungen darin ab. Das Lokal war also erst baufällig, als auch die freiorganisierten Arbeiter von ihrem Versammlungsrecht Gebrauch machten. Der mit dem Strafmandat beauftragte Gastwirt Möller sagte als Zeuge aus, daß ihm, als die baupolizeilichen Mängel beseitigt gewesen seien und er sein Lokal wieder zu Versammlungen hergab, die Polizeistunde für sein Lokal auf 10 Uhr herabgesetzt wurde.

Die Witwe Laut in Herren — so berichtet der Zeuge Peterjohann — sagte zu, ihren Saal zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung zu geben. Noch ehe jedoch die Versammlung stattfand, wurde der Frau von der Polizei mit Entziehung der Koncession gedroht. Einige Tage nach der Androhung wurde dann das Verfahren der Koncessionsentziehung wirklich eingeleitet und der Frau der Wirtschaftsbetrieb mehrere Wochen gesperrt. In dem Verwaltungsstreitverfahren hat die Frau gewonnen und die Koncession erhalten.

Dem Zeugen Gastwirt Möller wurde bei einer Vorladung zum Bezirkskommando mitgeteilt, daß ein Schreiben der Polizeiverwaltung eingegangen sei, wonach er eine sozialdemokratische Versammlung habe abhalten lassen. Daraufhin hat ihm das Bezirkskommando die Kontrollversammlungen entzogen. Der Gastwirt Möller sagte aus, daß er sein Gasthaus habe verlaufen müssen, wenn er nicht durch polizeiliche Strafmandate, die er erhielt, sobald er sein Lokal den freien Gewerkschaften gab, vollständig ruinieren wollte. Wie wenig berechtigt diese Strafmandate waren, ging daraus hervor, daß soweit gerichtliche Entscheidung darüber beantragt wurde, in allen Fällen die Strafmandate annulliert wurden.

Auf Wunsch der Mitglieder des freien Bergarbeiterverbandes hatte der Zeuge Büchholz die Namen derjenigen Gastwirte veröffentlicht, welche die „Bergarbeiterzeitung“ abonniert hatten. Darauf bestellten diese Gastwirte die Zeitung ab, indem sie über einstimmend betonten, daß ihnen die Polizei mit Schrecken gedroht habe, wenn sie die „Bergarbeiterzeitung“ nicht abbestellten.

Zeuge Gastwirt Böder berichtet, daß er einen Vertrag unterzeichnet habe, in welchem sich die Gastwirte bei 50 M. Konventionalstrafe verpflichteten, den freien Gewerkschaften einen Saal zu Versammlungen zu geben. Den Vertrag habe ein Polizeibeamter zum Unterschreiben in seine Wohnung gebracht. Der Polizeikommissar Jähnrich bestätigte, daß er seinen ältesten Beamtent mit diesem Vertrag, den der Wirt vertraglich geschlossen hatte, zu den Gastwirten gesandt habe.

Zeuge Gastwirt Wienhäuser erhielt eine Heraushebung der Polizeistunde von 12 auf 10 Uhr, seiner Recherzung nach, weil er dem Bergarbeiterverband gestattet hatte, in seinem Lokal eine Zahlstelle zu gründen. Er hat darauf der Zahlstelle sein Lokal entzogen und darauf wieder Polizeistunde bis 12 Uhr bekommen. Der Zeuge Kreitschmar hat bis 10 Versammlungen der Kaufmänner angemeldet, die alle bis auf zwei ausgeschlossen wurden. Erst habe die Polizei Rüdeutungen gemacht, als ob die Aufführungen deshalb erfolgten, weil kein Mitgliederverzeichnis eingereicht war. Um diesen Einwande vorzubringen, habe er die Mitgliederliste unverlangt eingereicht, aber ungeachtet dessen wurden nach wie vor sämtliche Versammlungen aufgestellt. Auf dem Polizeiamt habe er sich darüber beschwert und gefragt, was die Polizei denn für Maßnahmen von den Gewerkschaften verlangt, um die Versammlungen legen zu lassen? Darauf habe Polizeisegeant Wehr erwidert: „Sie können machen, was sie wollen, Sie bekommen keine Versammlung.“ Bei der Witwe Schäfer, Wirtin der „Villa Franka“, fragte Zeuge an, ob er dem Saal nicht einmal zur Abhaltung einer Gewerkschafterversammlung für die freien Gewerkschaften erhalten könne. Frau Schäfer habe ihm den Saal sofort zugesagt und dabei noch betont: „Wir ist das gleichgültig, denn die freien Arbeiter bezahlen ihr Wirt ebenso wie die anderen.“ Die Versammlung wurde durch Handzettel bekannt gemacht, doch am Morgen nach der Verstellung der Handzettel kam Frau Schäfer auf meine Arbeitsstelle und bat mich weinend, die Versammlung nicht abhalten zu lassen. Sie bot mir Geld an, erklärte sich noch dazu bereit, alle Kosten und Auslagen zu bestehen, nur sollte ich die Versammlung rücksichtig machen. Die Polizei habe sie nach dem Worte bestellt und ihr gesagt, falls die Versammlung stattfinde, erichte sie sofort die Polizeistunde auf 10 Uhr herabgesetzt, und erichte keine Genehmigung mehr zur Abhaltung von Versammlungen. Sie bestürzte ruhig zu werden. Ich erklärte ihr, die Versammlung muß stattfinden, da hat die Frau laut geweint und gesagt, „dann weiß ich keinen Mat mehr!“ Am Sonntag Sammeln hat 5-800 Menschen vor dem Lokal an, jedoch die Wirtin weigerte sich, den Saal aufzumachen, wodurch die Versammlung dann bereitete war. Derselbe Zeuge sagte weiter aus: „Ein anderer Wirt sagte mir sein Lokal zu. Acht Tage früher hatten wir eine Verabredung, in der Polizeisegeant Wehr auswies war. Ich teilte meinen Kollegen mit, daß wir in acht Tagen eine Versammlung abhalten könnten; sie sollten für Besuch sorgen. Polizeisegeant Wehr erklärte mir: Die Versammlung wird doch aufgestellt. Schon acht Tage bevor ich die Versammlung anmeldete, konnte mir also der Polizeibeamte mitteilen, daß dieselbe aufgestellt werde. Der Wirt sprach wegen medete ich gleich vier Versammlungen an; je eine um 6, 7, 8 und 9 Uhr. Die um 6 und 7 Uhr hatte ich nicht eröffnet, weil Wehr sagte, er werde sie sofort aufstellen. Die um 8 Uhr habe ich eröffnet, und kaum hatte ich die Worte heraus: „Ich erkläre die Versammlung für eröffnet!“, so erhob sich Wehr und sagte: „Ich erkläre die Versammlung für ausgelöst!“ Die um 9 Uhr verließ ebenfalls der sofortigen Auflösung.

Doch das ist alles noch nicht das Schlimmste, trotzdem es schon

Die allgemeine Empörung aber müssen die Aussagen der Zeugen herverufen, durch welche befunden wird, wie brave Familienväter, die organisiert waren, durch das Eingreifen der Mecklinghauser Polizei von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle gejagt wurden.

Zeuge Martin teilte mit, daß er auf Bethe Mecklinghausen I arbeitete. Eines Tages sei der Steuersteiger mit dem Obersteiger vor seinen Arbeitsort gekommen, habe ihm ins Gesicht gelehnt und gesagt: Das ist der Martin. Nachher habe er den Steiger gefragt, was denn der Obersteiger von ihm wolle. Darauf habe ihm der Steiger gesagt: Die Polizei ist hier gewesen und hat verlangt, wir sollen Sie entlassen; doch befürchten Sie nichts, ich habe Ihnen ein gutes Zeugnis ausgestellt. Die Polizei habe der Becherverwaltung weiter mitgeteilt, daß er (Martin) dem Bergarbeiterverband und der sozialdemokratischen Partei angehöre.

Zeuge Buschmann hat einen Polizeibeamten, der eine kleine Zusammenkunft auströßen wollte, gesagt: Planieren Sie sich doch nicht! Darauf habe der Beamte erwidert: Ach was, ich bin schon so abgebrüht, daß ich nach einer Kritik nicht mehr frage! Der Zeuge hat auf "König Ludwig" gearbeitet. Am 16. Juli sei der Obersteiger zu ihm vor seine Arbeit gekommen und habe ihn gefündigt. Er habe dem Obersteiger gesagt, weshalb denn die Ründigung erfolge, er doch keine Arbeit stets gemacht, nicht gebummet, sich auch sonst nichts anzuhören kommen lassen. Das ja nicht, habe der Obersteiger erklärt, deshalb erfolge die Ründigung auch nicht. Wie haben gestern einen Brief von der Polizei erhalten, beschafft werden Sie gefündigt. Der Obersteiger habe ihn und seinen Kameraden Büchelburg für bührig zum Betriebsführer bestellt, um die Ründigung rückgängig zu machen. Der Betriebsführer habe jedoch erklärt, daß es bei der Ründigung bleiben müsse, habe Ihnen aber ein günstiges Schreiben an eine andere Becherverwaltung ausgestellt, wo sie dann auch sofort wieder unterlaufen.

Zeuge Michael Wegehoff beschäftigte zum Antragen der Milch stets einen Jungen von 15–16 Jahren. Dauerlang habe die Polizei dagegen nichts einzubringen. Dann nahm er den Sohn des Bergmannes Langenscheid an und erhielt nun ein Strafmandat nach dem anderen. Auf Ründigungen bei einem Polizeibeamten habe ihm dieser erklärt: Wissen Sie denn nicht, daß der Vater des Jungen im alten Verband und Sozialdemokrat ist? Darauf habe er erwidert: Was hat denn der alte Verband mit meinem Milchgeschäft zu tun? Der Beamte meinte: Entlossen Sie den Jungen!

Dieser Beamte ist Polizeikommissar Jähnken, der erklärte, daß nach einer Polizeiverfügung Jungen unter 18 Jahre nicht zum Ausfahren von Milch beschäftigt werden dürfen, und deshalb habe er den Jungen in dessen Interesse gewarnt und ihm nahegelegt, den Jungen zu entlassen.

Der Milchhändler Wegehoff erklärte noch, daß der Junge, den er entlassen mußte, um nicht durch Strafmaut ruiniert zu werden, treu war wie Gold und daß er ihn nicht gern entlassen habe.

Der Rechtsanwalt Helmz fragt nun den Zeugen, ob er denn nachdem einen Jungen über 18 Jahre eingestellt habe, darauf erwidert der Zeuge:

"Nein, einen 18jährigen. Aber sein Vater war nicht im Verband und da hat die Polizei dann nichts mehr gesagt!"

Der Zeuge Bergarbeiter Reich sagte aus: Ich arbeitete auf Bethe "König Ludwig", wo ich plötzlich entlassen wurde. Daraus kam der Polizeiangeklagter zu mir und sagte: Nein, Sie sind ein so netter Mann, treten Sie doch aus dem Verband aus, dann sorge ich dafür, daß Sie wieder auf der Reche unterkommen! Der Sozialist Sonnen erklärte mir, daß es ihm leid tue, mich entlassen zu müssen; doch die Polizei verlange es! (Beweisung.)

Zeuge Büchelburg arbeitete auf "General Blumenthal", hatte sich nichts zu schulden kommen lassen, wurde aber dennoch am 16. April u. d. gefündigt. Auf Fragen beim Betriebsführer, ob er seine Pflicht nicht getan, habe dieser erwidert, nicht deshalb erfolge die Ründigung, sondern wegen ihres Verhaltens außerhalb der Reche. Steiger Müller fragte mich: Haben Sie etwas mit der Polizei zu tun? Das habe ich verneint. Daß wollt Steiger Müller versuchen, meine Ründigung rückgängig zu machen. Der Betriebsführer habe jedoch erklärt, daß es nicht in seiner Macht läge, mich weiter zu beschäftigen. Er wolle jedoch eine Empfehlung an den Betriebsführer der Firma "König Ludwig" mitgeben. Auf Grund dieser Empfehlung hat der Zeuge auf "König Ludwig" Arbeit erhalten. Am 16. des nächsten Monats kam der Obersteiger zu ihm vor, da er keine Arbeit und fündigte ihm. Der Zeuge fragte, ob er sofort wieder gefündigt würde. Darauf habe der Obersteiger erklärt: Ich kann daran nichts ändern. Wir haben einen Brief von der Polizei erhalten und können Sie nicht länger beschäftigen! Der Obersteiger ging darauf mit ihm zum Betriebsführer, legte hier gute Worte für ihn ein, doch der Betriebsführer bedauerte, ihn nicht länger beschäftigen zu dürfen und hielt die Ründigung aufrecht.

Auf Wunsch, so erzählte der Zeuge weiter, stellte er mir eine Empfehlung aus, mit der ich nach Bethe Mecklinghausen ging und

auch Arbeit erhielt. Um nächsten 15. am 15. Juni vorigen Jahres, kam auch hier der Obersteiger vor meine Arbeit, erkundigte sich nach mir und fündigte mir. Ich sagte: Soll ich denn auch hier hinausgeworfen werden, wo ich mich doch nichts habe zu schulden kommen lassen? Der Obersteiger bedauerte, mich kündigten zu müssen und sagte: Warum sind Sie denn auch im Verband? Treten Sie aus, dann werden Sie auch keine Scherereien mehr mit der Polizei haben und Arbeit behalten."

Erster Bürgermeister Heuser, der alles aus den Akten feststellt, stellt nun auch aus seinen Akten fest, daß Büchelburg Sozialdemokrat ist. Er hätte es für selbstverständlich, wenn Leute sich öffentlich sozialdemokratisch betätigen, dies auf der Arbeitsstelle mitzuteilen. Was die Verwaltung dann mit den Leuten mache, darum kümmere sich die Polizeibehörde nicht mehr.

Der Zeuge Hermann befand, daß der Buchbindermüller Wegehoff einen organisierten Gehüßen beschäftigt habe, der auf Anweisung der Polizei gefündigt und der dann sofort entlassen wurde. Um Gewerbegecht sei Wegehoff verurteilt worden, den Mann zu entschädigen, weil die Entlassung vollständig zu Unrecht erfolgt sei.

Der Zeuge Kreischmar war in Mecklinghausen bei der Witwe Grieskämper in Arbeit. Diese Witwe wurde, wie der Zeuge befand, sofort, als er in Arbeit trat, auf das Polizeiamt berichtet, wo man ihr riet, den Kreischmar zu entlassen. Das erste und zweite Mal hat die Frau widerstanden, aber nach dem dritten Verhör ist er entlassen worden, indem die Frau erklärte, es sei jetzt unmöglich, ihn länger zu beschäftigen.

Um erschöpfendsten von allen Zeugenauflagen über die von den Polizeibeamten geübte Praxis wiele wohl die schlichte, aber darum gerade zu einer vernichtenden Anklage verdiente Aussage der Frau des vorhin erwähnten Zeugen Reich. Frau Reich sagte vor Gericht:

"Mein Mann wurde auf der Reche gefündigt; der Grund wurde nicht angegeben. Er suchte sich auf einer anderen Reche Arbeit. Als er hier einen Monat war, wurde er wieder gefündigt. Hier wurde ihm gesagt, die Polizei wäre hinter ihm. Er fand bald, nachdem er alte Sachen in der Mund vergeblich um Arbeit angestragt hatte, im Dortmundener Revier nach vieler Mühe Arbeit, kurze Zeit darauf kam ein Polizeibeamter in meine Wohnung und sagte: Ihr Mann ist jetzt in Dortmund. Ich sagte, woher wissen Sie das denn?"

Darauf sagte der Beamte: Da ist er auch nicht lange. Und richtig, er wurde auch dort wieder gefündigt. Wir waren dadurch in großer Not geraten und hatten nichts zu holen und zu brechen.

Da gab mir ein Mann den Rat, ich sollte zum Polizeiinspektor Appeldorn gehen und bei dem ein gutes Wort einlegen. Das tat ich auch. Appeldorn sagte dann: Ach, Ihr Mann, das ist der Sozialdemokrat mit dem Spitznamen. Sorgen Sie aber, daß Ihr Mann eine andre Bestellung kriegt, dann sorge ich für Arbeit." Ich sagte dann: Herr Inspektor, für Arbeit brauchen Sie nicht so sorgen, die findet er allein, sorgen Sie nur dafür, daß Sie ihn nicht wieder hinauswerfen.

Da erklärte einem geradezu das Blut vor den Augen und Mu-

regum, wenn man einen solchen Vorgang an sich vorübergehen sieht; und der Rechtsanwalt Heinrich traf den Nagel auf den Kopf, als er in seiner wütenden Anklagerede gegen die Mecklinghauser Polizeizünfte, anhängend an die Schlussworte der Frau Reich, sagte: "Das sind Zustände, so empfindlich und ungeheuerlich, daß ich sie noch nie und nirgends angetroffen habe."

Selbst der Staatsanwalt Mettke sah sich veranlaßt, über die einzelnen Handlungen einzelner Beamten seines schärfsten Verbündeten auszusprechen. Wenn trocken der Angeklagte, Betriebsleiter Müller, seine ihm vom Mecklinghauser Schöffengericht aufdistanzierte Strafe beehlt, die Verurteilung als vorworfen wirche, so mag er den Trost mit hinter die Gefängnismauern nehmen, daß er durch diesen Prozeß den Stein ins Rollen gebracht und das Signal dazu gegeben hat, daß die organisierte Arbeiterschaft nunmehr auf der ganzen Linie gegen diese ungewöhnlichen Zustände vorgehen muß.

Unsere gesamten Ortsverwaltungen in den beiden rheinischen Gauen fordern wiederum durchaus auf, uns sofort alles Material über Illusorienmachung der Vereins- und Versammlungsfreiheit auszuhändigen. Hierbei haben wir ganz besonders hervor, daß uns alle Fälle von Saalsabreißung, gleichviel ob durch die Polizei oder andere Personen veranlaßt, angegeben werden müssen. Wir bemerken, daß uns aus zahlreichen Orten des Rheinlandes allgemein gehaltene Klagen über die durch die christlichen Gewerkschaften und die Weisheit betriebene Saalsabreißung ausgegangen sind. Mit solchen allgemein gehaltenen Klagen ist jedoch nichts anzufangen. Man gebe uns dafür jeden einzelnen Fall, der vorgetragen ist, an, vergesse aber auch nicht die Be-

wiese. Wir werden dann das nötige veranlassen. Gerade die "Christlichen", zu ihrer Schande sei es gesagt, gerade sie, welche fortgesetzt über den Terrorismus der freien Gewerkschaften geredet, ohne eine Ursache dafür zu haben, treiben auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts den schändlichsten Terrorismus, der sich denken läßt.

Polizei und christliche Gewerkschaften wandeln vielfach Atem in Atem, um den freiorganisierten Arbeitern ihre politischen Rechte illusorisch zu machen. Angesichts dessen muß man sich nicht nur jenseits der deutschen Grenzfähre, sondern auch in weiten Gebieten Deutschlands, im ganzen süddeutschen Gebiete, wo die Arbeiter ein wirklich freies Vereins- und Versammlungsrecht haben, schämen zu sagen, daß man ein Preuß ist. Preußen in Deutschland voran auf dem Wege nach Rußland, das ist der neueste und allerneueste Kurs der preußischen Politik.

Eine neue Attacke.

Der zur Strecke gebrachte Minister der Sozialpolitik war noch nicht aus der politischen Arena geschleift, da verkündeten schon die Sprachrohre der widerwärtigen Blockpolitik, daß nun unverzüglich ein neues Niederkreisen arrangiert werden müsse. Und die Prekmutter der Landjunker und Kommerzienräte wurde sofort von den Sozialisten der Reaktion, den Schweißern und Konföderierten, an die Leine genommen, um ihr in dem neuen Kesseltreiben ihre Stellungen auszuweisen. Dertweilen sahen die Hauptleute noch zusammen, um mehr oder weniger tiefsinnige Betrachtungen anzustellen darüber, wessen Schlinge der Graf Posadowsky zum Opfer gefallen sei.

Die einen behaupten, er sei in die Schlinge der persönlichen Abneigung geraten, denn er sei zu ernsthaft und trocken und außerdem kein Enthusiast für neue Ideen und hochfliegende Pläne, vor allen Dingen kein Freund unserer so "berühmt" gewordenen Plötzlichkeiten gewesen; auch habe er bei Hofe nie eine gute Figur gemacht.

Die "Kreuzzeitung" wieder meinte, es sei eine andere Schlinge gewesen, die den Minister zu Falle gebracht habe. Graf Posadowsky sei eine zu bedeutende Persönlichkeit gewesen, um dauernd der Zweite zu bleiben. Bedeutende Persönlichkeiten dürfen wie also nach der "Kreuzzeitung" nicht als Minister haben, sondern, was die logische Folge davon ist, nur unbedeutende Persönlichkeiten. Ist das nicht eine Perspektive (Aussicht), die jedes patriotische Herz bis zum Bergespringen begeistern muß? Freilich von ihrem Standpunkt aus betrachtet, hat ja die "Kreuzzeitung" ganz recht. Wie wissen, daß die "Kreuzzeitung"-männer es für ein unabdingliches Erfordernis unserer kapitalistischen Staatsräson halten, daß die Minister keine selbständigen Personen, sondern nur Vasallen sind, welche die Wünsche der bestehenden Klasse zur Durchführung zu bringen haben. Und die bestehende Klasse hat gegenwärtig Wünsche im Busen, zu deren Durchführung wenigen eigenes Denken, dafür aber um so mehr Mäßigkeit und Logik erforderlich ist.

An demselben Tage, an welchem Graf Posadowsky gegangen wurde, schrieb das Regierungsorgan, die "Nord. Allg. Blg.", gleichsam als Programm des neuesten Kurses folgendes:

"... Beachtung verdienen die Vorgänge in der Gewerkschaftsbewegung, die eine neuzeitliche starke Ausweitung der sozialdemokratischen Hochstut und eine ungeahnte Kraft der Offensive gegenüber dem Unternehmertum aufweist... Die sozialdemokratischen Gewerkschaften beginnen sich immer weniger mit Not- und Grundsatzstreiks, sondern gingen immer schärfer zur wirtschaftlichen Offensive durch Luxus- und Machtstreiks über, die nicht eine Beleidigung der Arbeitsbedingungen selber, sondern die Geltendmachung formaler Rechte, eine Art von Herrschaftspunkt der Arbeiter den Unternehmern gegenüber, zum Gegenstand hatten. Gleichzeitig, die besonders die Anerkennung der sozialdemokratischen Organisationen seitens der Arbeitgeber zum Mittelpunkt hatten, sind in letzter Zeit immer häufiger geworden, die Beurteilung nicht um materielle, jedem Arbeiter ohne weiteres verständliche Interessen, sondern lediglich zur Befriedigung eines gewissen Machtgebiets hat infolge der Agitation gewerbsmäßiger Schläger und Geber ständig zugenommen..."

Und der, unter Protection des Zentralverbandes deutscher Industrieller stehende Herr Schleimburg skandierte in der "Neuen Reichskorrespondenz" gleich mit folgenden Ausführungen:

"Zum übrigen treibt die deutsche Sozialdemokratie ihre Arbeit im Reichstag, hält ihre Reden zum Fenster hinaus auch nur in dem Sinne, um die große Volksmasse zu organisieren und auf den weiteren Kampf vorzubereiten". Treibt sie es aber zu tun, so muß ihr unbedingt auf eine oder die andere Weise das Handwerk gelegt werden."

Der Geschäftsgang war, wie die Verwaltung berichtet, im ganzen Betriebsjahr sehr rege, und die Umsätze wurden ansehnlich vergrößert. Die Preise des fertigen Fabrikats konnten aber den ansteuernd und zum Teile sprunghaft steigenden Preisen vieler Rohmaterialien und den sich stetig erhöhenden Löhnen nicht rasch genug folgen, so daß trotz der größeren Umsätze ein etwas weniger günstiges Endresultat erzielt wurde als im Vorjahr. Für das laufende Jahr ist das Unternehmen mit Aufträgen gut versehen, und da sich das Verhältnis der Herstellungsspreize zu den Verkaufspreisen günstiger gestaltet, so sei für das Jahr 1907 ein besseres Resultat als für das Jahr 1906 zu erwarten.

Ludwig Lehmann, Alt.-Gef., Berlin. Das mit 3 Mill. M. Grundkapital arbeitende Unternehmen (Wollwarenfabrik) ergiebt in dem bereits am 20. November 1906 abgelaufenen Geschäftsjahr nach dem fürsichtigen veröffentlichten Verwaltungsbericht einen Gewinn von 228 200 M. (1. V. 128 105 M.), woraus 195 000 M. als 8½ Proz. (4 Proz.) Dividende verteilt werden. In der Bilanz werden die Warenvorräte mit 248 Mill. M. (etwa wie i. B.) vermerkt. Gegenüber von 1.84 Mill. M. (1.55 Mill. M.) Creditoren waren 1.78 Mill. M. (1.87 Mill. M.) Debitor ausgewiesen. Die Reserve enthält 49 800 M., ein Deltabereichs fonds 48 153 M.

Mechanische Weberei, Sittau. Der Aufsichtsrat beschloß eine Dividende von 18 Proz. in Vorschlag zu bringen. Für 1908 wurden 17 Proz. geplant.

Vom Nahseebauamt. Die Ernte der Moosalde hat überall begonnen. Wie der "Frankfurter Zeitung" berichtet wird, durfte die diesjährige Ernte in Italien nicht über den Umfang eines normalen Jahres hinausgehen. In der Mailänder Gegend, in der Provinz und der Lombardie ist man sogar mit dem Ausfall der Ernte nicht aufzudecken. Ungünstige Witterungsverhältnisse haben das Ergebnis beeinträchtigt. In Spanien ist die Ernte jetzt ganz herabgebrochen und sie wird als etwas besser als die vorjährige beurteilt, über Frankreich lautet das Gesamturteil etwa wie über Italien. Was die asturischen Erzeugungsgebiete betrifft, so hat Spanien unter guten klimatischen Bedingungen endgültige Nachrichten liefern, aber noch nicht vorliegen. Auswärtiges Amt in Rom war eine Meldung der diplomatischen Vertretung in Tokio eingelaufen, die Ernte werde um 20 Proz. die vorjährige übertreffen. Diese Schätzung ist sicher verfehlt, da sie die Wärmer zurzeit erst in der letzten Hälfte des Jahres erwartet, während die zweite Hälfte der Ernte eine geringe Ernte gebracht hat. Die zweite Hälfte hat die zweite Hälfte der Ernte ebenfalls gebracht, über Frankreich lautet das Gesamturteil etwa wie über Italien. Was die asturischen Erzeugungsgebiete betrifft, so hat Spanien unter guten klimatischen Bedingungen endgültige Nachrichten liefern, aber noch nicht vorliegen. Auswärtiges Amt in Rom war eine Meldung der diplomatischen Vertretung in Tokio eingelaufen, die Ernte werde um 20 Proz. die vorjährige übertreffen. Diese Schätzung ist sicher verfehlt, da sie die Wärmer zurzeit erst in der letzten Hälfte des Jahres erwartet, während die zweite Hälfte der Ernte eine geringe Ernte gebracht hat. Die zweite Hälfte hat die zweite Hälfte der Ernte ebenfalls gebracht, über Frankreich lautet das Gesamturteil etwa wie über Italien. Was die asturischen Erzeugungsgebiete betrifft, so hat Spanien unter guten klimatischen Bedingungen endgültige Nachrichten liefern, aber noch nicht vorliegen. Auswärtiges Amt in Rom war eine Meldung der diplomatischen Vertretung in Tokio eingelaufen, die Ernte werde um 20 Proz. die vorjährige übertreffen. Diese Schätzung ist sicher verfehlt, da sie die Wärmer zurzeit erst in der letzten Hälfte des Jahres erwartet, während die zweite Hälfte der Ernte eine geringe Ernte gebracht hat. Die zweite Hälfte hat die zweite Hälfte der Ernte ebenfalls gebracht, über Frankreich lautet das Gesamturteil etwa wie über Italien. Was die asturischen Erzeugungsgebiete betrifft, so hat Spanien unter guten klimatischen Bedingungen endgültige Nachrichten liefern, aber noch nicht vorliegen. Auswärtiges Amt in Rom war eine Meldung der diplomatischen Vertretung in Tokio eingelaufen, die Ernte werde um 20 Proz. die vorjährige übertreffen. Diese Schätzung ist sicher verfehlt, da sie die Wärmer zurzeit erst in der letzten Hälfte des Jahres erwartet, während die zweite Hälfte der Ernte eine geringe Ernte gebracht hat. Die zweite Hälfte hat die zweite Hälfte der Ernte ebenfalls gebracht, über Frankreich lautet das Gesamturteil etwa wie über Italien. Was die asturischen Erzeugungsgebiete betrifft, so hat Spanien unter guten klimatischen Bedingungen endgültige Nachrichten liefern, aber noch nicht vorliegen. Auswärtiges Amt in Rom war eine Meldung der diplomatischen Vertretung in Tokio eingelaufen, die Ernte werde um 20 Proz. die vorjährige übertreffen. Diese Schätzung ist sicher verfehlt, da sie die Wärmer zurzeit erst in der letzten Hälfte des Jahres erwartet, während die zweite Hälfte der Ernte eine geringe Ernte gebracht hat. Die zweite Hälfte hat die zweite Hälfte der Ernte ebenfalls gebracht, über Frankreich lautet das Gesamturteil etwa wie über Italien. Was die asturischen Erzeugungsgebiete betrifft, so hat Spanien unter guten klimatischen Bedingungen endgültige Nachrichten liefern, aber noch nicht vorliegen. Auswärtiges Amt in Rom war eine Meldung der diplomatischen Vertretung in Tokio eingelaufen, die Ernte werde um 20 Proz. die vorjährige übertreffen. Diese Schätzung ist sicher verfehlt, da sie die Wärmer zurzeit erst in der letzten Hälfte des Jahres erwartet, während die zweite Hälfte der Ernte eine geringe Ernte gebracht hat. Die zweite Hälfte hat die zweite Hälfte der Ernte ebenfalls gebracht, über Frankreich lautet das Gesamturteil etwa wie über Italien. Was die asturischen Erzeugungsgebiete betrifft, so hat Spanien unter guten klimatischen Bedingungen endgültige Nachrichten liefern, aber noch nicht vorliegen. Auswärtiges Amt in Rom war eine Meldung der diplomatischen Vertretung in Tokio eingelaufen, die Ernte werde um 20 Proz. die vorjährige übertreffen. Diese Schätzung ist sicher verfehlt, da sie die Wärmer zurzeit erst in der letzten Hälfte des Jahres erwartet, während die zweite Hälfte der Ernte eine geringe Ernte gebracht hat. Die zweite Hälfte hat die zweite Hälfte der Ernte ebenfalls gebracht, über Frankreich lautet das Gesamturteil etwa wie über Italien. Was die asturischen Erzeugungsgebiete betrifft, so hat Spanien unter guten klimatischen Bedingungen endgültige Nachrichten liefern, aber noch nicht vorliegen. Auswärtiges Amt in Rom war eine Meldung der diplomatischen Vertretung in Tokio eingelaufen, die Ernte werde um 20 Proz. die vorjährige übertreffen. Diese Schätzung ist sicher verfehlt, da sie die Wärmer zurzeit erst in der letzten Hälfte des Jahres erwartet, während die zweite Hälfte der Ernte eine geringe Ernte gebracht hat. Die zweite Hälfte hat die zweite Hälfte der Ernte ebenfalls gebracht, über Frankreich lautet das Gesamturteil etwa wie über Italien. Was die asturischen Erzeugungsgebiete betrifft, so hat Spanien unter guten klimatischen Bedingungen endgültige Nachrichten liefern, aber noch nicht vorliegen. Auswärtiges Amt in Rom war eine Meldung der diplomatischen Vertretung in Tokio eingelaufen, die Ernte werde um 20 Proz. die vorjährige übertreffen. Diese Schätzung ist sicher verfehlt, da sie die Wärmer zurzeit erst in der letzten Hälfte des Jahres erwartet, während die zweite Hälfte der Ernte eine geringe Ernte gebracht hat. Die zweite Hälfte hat die zweite Hälfte der Ernte ebenfalls gebracht, über Frankreich lautet das Gesamturteil etwa wie über Italien. Was die asturischen Erzeugungsgebiete betrifft, so hat Spanien unter guten klimatischen Bedingungen endgültige Nachrichten liefern, aber noch nicht vorliegen. Auswärtiges Amt in Rom war eine Meldung der diplomatischen Vertretung in Tokio eingelaufen, die Ernte werde um 20 Proz. die vorjährige übertreffen. Diese Schätzung ist sicher verfehlt, da sie die Wärmer zurzeit erst in der letzten Hälfte des Jahres erwartet, während die zweite Hälfte der Ernte eine geringe Ernte gebracht hat. Die zweite Hälfte hat die zweite Hälfte der Ernte ebenfalls gebracht, über Frankreich lautet das Gesamturteil etwa wie über Italien. Was die asturischen Erzeugungsgebiete betrifft, so hat Spanien unter guten klimatischen Bedingungen endgültige Nachrichten liefern, aber noch nicht vorliegen. Auswärtiges Amt in Rom war eine Meldung der diplomatischen Vertretung in Tokio eingelaufen, die Ernte werde um 20 Proz. die vorjährige übertreffen. Diese Schätzung ist sicher verfehlt, da sie die Wärmer zurzeit erst in der letzten Hälfte des Jahres erwartet, während die zweite Hälf

Die Teilung des Melkamts des Innern ist ganz offenbar die sichtliche Vorbereitung zu der allgemeinen Lage, welche die Blaupolitiker gegen die klassenbewusste, organisierte Arbeiterschaft reiten wollen.

Holzen und Holzglimmen! Demgegenüber gilt es die Karten zu bearbeiten festen Molonen zu formieren, daß durch Ihren Widerstand die Meister in den Sand gesetzt werden.

Der Einheitslohn tarif für Schiffchenstickter.

Wie wir bereits in der vorigen Nummer des „Textilarbeiter“ mitteilten, haben die Schiffchenstickter des Vogtlandes in einer städtisch abgehaltenen Konferenz die Propagierung für die Einführung eines für das ganze Stickergebiet einheitlichen Lohntarifes beschlossen. Wir haben in der vorigen Nummer des „Textilarbeiter“ die Verschiedenheit in den Stickerlöhnen angegeben und auch nachgewiesen, daß nicht die geringste Berechtigung dafür vorhanden ist, daß in einzelnen Orten um Plauen herum die Löhne bis 10 Proz. niedriger sind, wie in Plauen. Namentlich Hallenstein zeichnet sich ganz besonders mit seinen viel niedrigeren Löhnen aus. Aber gerade Hallenstein hat in bezug auf die Lohnverhältnisse gar nichts vor Plauen vorzu, was die niedrigeren Lohnverhältnisse in milderen Lichte erscheinen lassen könnte. Von den Konferenzteilnehmern wird das durchweg bestanden.

Der Gauleiter, Kollege Dreszel, ging in seinem einleitenden Referat auf das Ergebnis der statistischen Erhebungen ein, wobei er ganz besonders die Frauen- und Kinderarbeitsstätte in der Kleiderindustrie, an der Handdrähterlei Tatsachen, als grauenhafte Rüstungsbrandmarke. Wir können uns ein weiteres Eingehen auf die Ausführungen ersparen, indem wir auf die Ausführungen der vorigen Nummer unseres Blattes verweisen.

In der Debatte, welche auf einem sehr hohen Niveau stand, wurde im allgemeinen das bestellt, was der Referent in seinem Referat hervorgehoben hatte. Auch hier wurde scharf gegen die, namentlich auf dem Lande grässlichere Kinderausbeutung zu Felde gezogen. Sehr drastisch wurden die durch die Kinderausbeutung geschaffenen Zustände durch den Delegierten aus Auerbach geschildert, der hervorhob, daß man dort noch vielfach auf dem Standpunkt stehe, es gebe kein anderes Mittel, um eingesetzen zu können, wie die Kinderausbeutung. Der Delegierte stellte den Antrag, von der Organisation aus die Aufnahme einer Statistik über die Kinderarbeit in der gesamten Stickerindustrie — am schlimmsten ist die Kinderausbeutung in der Handstickerei — vorgunehmen; der Antrag wurde angenommen.

Lebhafte Auseinandersetzung wurde auch geführt über die Schädigung der Arbeiter, welche durch die Unterzählung der Stücke in der Musterabnahme bewirkt wird. Hierbei wird darauf hingewiesen, daß die Arbeiter häufig selbst an dieser Schädigung Schuld seien; außtatt jeden Stich bezahlt zu verlangen, willtigen sie ein, daß eine bestimmte Sorte, Sticke, die zweimal überstikt werden müssen, nur einmal bezahlt werden. Diesem Widerstand soll entgegengestellt werden. Die Unterzählung der Stücke ist ein an den Arbeitern verhinderter Vertrag, weshalb unerlässliche Schablonen sofort zurückgewiesen, bezüglich wegen Betrugs erlassen soll. Schärfe kritisiert werden auch die kleinen „Empordämmlinge“ unter den Mustermeistern, die häufig schlimmer seien wie die Großherren. Die Weisheitlichkeit der Arbeitsordnungen bei diesen Musterarbeiten, geboren“ spricht häufig jeder Wertschätzung. Namentlich wollten die Herren im Spätherbst nicht helfen lassen. „Die Sticker sollten so arbeiten, daß sie schwitzen“, hatte so ein „Chef“ fürzlich einer seiner Arbeitnehmer in Gegenwart der übrigen Arbeiter zugesagt.

Aus Plaua wird berichtet, daß hier die Sticker noch Madengeld für die von den Mädgen zerbrochenen Madeln abgeben müssen. Von hier werden einige drastische Fälle mitgeteilt, welche beweisen, daß sich die Arbeiter durch ihre geradezu strafliche Gleichgültigkeit immer selbst am meisten schädigen. Ein Fabrikant sei dort einmal an die Arbeiter herangetreten und habe gesagt: „Na, Leute, das Geschäft geht jetzt gut, ich bin in der Lage, Euch etwas mehr geben zu können. Ich werde Euch 23/24 Pf. geben, falls Ihr da aufzufinden.“

Wirtschaftliche Rundschau.

Kursabwicklung der Banknoten — Die Wirkung der Duma-auslösung — Monatsdurchschnitt der Metallpreise — Der Betreibemarkt.

Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob von der Börse und dem Reichskapitalmarkt aus auch die Industrie allmählich stärker in Mitteleinschiff gezogen werden sollte. Ein dauerndes Nebeneinanderlaufen von Börsendienst und Börsenpanik neben hoffnungsvoller Industriestimmung ist bei der heutigen engen, unlösbareren Verfestigung aller Wirtschaftsgebiete überhaupt kaum denkbar; und außerdem kann keine kapitalistische Produktion ununterbrochen sich ausdehnen und sich auf dem Hochland unerschöpft halten.

Schon die Beeinflussung unserer großen geldgebenden, für industrielle Erweiterungen, Verschmelzungen und Neugründungen unentbehrlichen Banken durch den chronischen Börsendruck muß allmählich sich in einer ungünstigen Beeinflussung der Industrie fortspinnen. Die Großbanken haben aber in der letzten Zeit in der Tat stark in ihren Kurzen und in ihrem ganzen Ansehen gesunken. Wie immer, haben dann, zum Schaden der Banken, auch bloße Gerüchte über Verträge oder vor dem Markt stehende große Bankschulden leichter Verbreitung und Glauben gefunden — wie in Berlin die Nachrichten über die Zahlungsfähigkeiten des vielverzweigten Hotel- und Restaurant-Wiesenbetriebes Aschinger und über die Folgen für die, hiermit hauptsächlich finanziell zusammenhängende Großbank. Indes, nicht die katastrophalartigen Schuldnerzusammenbrüche sind es, unter denen die Großbanken schon leiden oder zu leiden fürchten müssen. Die Verluste, von denen unsere Banken mehr und mehr bedroht sind, wuzeln vielleicht in dem starken Verlust von Aktien und Wertpapieren aller Art, die sich zunehmend weiter entwerten, und in den Konsortialbeständen (in den übernommenen Beteiligungen bei neuen industriellen Unternehmungen, bei Anteilen usw.), deren Last man nicht abschütteln kann, solange die Kaufunlust und das Mietbedürfnis an den Börsen nicht weicht oder sich sogar, wie abnormal seit Anfang Juni, verschärft. Die Preußische Centralgenossenschaftsbank, als staatlicher Betrieb mit immerhin sehr abgegrenzten Geschäftsnormen, hält nun sehr sichere und vorrangigste Kapital in ihrem Besitz; trotzdem mußte sie davon, nach ihrem per 1. April 1907 abgeschlossenen Jahresbericht, nicht weniger als 116 Millionen Mark als Verlust abzeichnen. Wie mag es, fragt man sich unwillkürlich, bei den anderen Banken aussehen, die auf viel zustellhafteren Wertpapieren festzihen? Die Kursschwankungen sind deshalb nicht überraschend. Die Deutsche Bank notierte im Frühjahr 1906 noch jährlweise über 147, am 1. Juni dieses Jahres stand sie bereits nur noch 124,25, am 14. u. 15. Juni 128 und 129,10. Für die anderen Banken louten die gleichen Ziffern. Höchsttarif für 1906, Kurs 1. Juni, Kurs 14. u. 15. Juni: 128 und 129,10. Für die anderen Banken louten die gleichen Ziffern. Höchsttarif für 1906, Kurs 1. Juni, Kurs 14. u. 15. Juni: 128 und 129,10. Berliner Handelsgesellschaft

Die Arbeiter waren zufrieden, sie wußten nicht, wie die Konjunkturverhältnisse lagen und sie würden zufrieden gewesen sein, wenn man ihnen 20—21 Pf. gegeben hätte. Wie lag aber die Lage in Wirklichkeit? Der Fabrikant machte sich hinterher über die „Zufriedenheit“ seiner Arbeiter lustig, indem er in seinen Gesellschaftskreisen sagte: „Ich hätte ganz gut 27—28 Pf. zahlen können, aber ich habe erst auf den Strauch geschlagen, um zu sehen, ob sie mit weniger zufrieden sind; und richtig, sie waren zufrieden.“ Dieser Vorgang dürfte sich heute täglich abspielen. Hier kann nur eine gute Organisation, welche den Barometerstand der Konjunktur fortlaufend kontrolliert, Wöhle schaffen und den Arbeitern das sichern, was ihnen gebührt.

Vor allen Dingen muß nunmehr die einheitliche Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im ganzen Bezirk erreicht werden. Dazu soll nachfolgendes Tarif, der von der Konferenz einstimmig angenommen wurde, die Grundlage bieten.

Einheitslohn tarif für Schiffchenstickter.

pro 1000 Stich 6/4 Rapport 4/4 Rapport

1. Lufft, glatt	20	22
2. Lufft, mit	22	24
3. Mansje mit Cambrix Bohrarb.	80	82
4. Mansje	28	30
5. Seide echt	26	28
6. Seide mit echt	28	30
7. Seidenmusselin	28	30
8. Kunstseide	28	30
9. Kunstseide mit Züll	30	32
10. Glanzgarn	23	25
11. Schnurarbeit glatt	20	22
12. Für lange Maschinen sind pro 1000 Stich 2 Pf. mehr zu bezahlen.		
13. Komplizierte Arbeiten sind besonders zu vereinbaren.		
14. Bei Tagelohnarbeit sind pro Tag nicht unter 8 Mt. zu zahlen, wo höhere Löhne gezahlt werden, bleiben diese bestehen.		
15. Der Lohn für die Hülfsarbeiterinnen, welche allein eine Maschine bedienen, beträgt pro Woche 10 Mt., bei zwei Hülfsarbeiterinnen an einer Maschine beträgt der Lohn pro Woche:		

a) für die Rädchen 18,50 Mt.

b) für die Aufpasserin 14,50 "

Bei Seide erhöhen sich die Hülfsarbeiterlöhne pro Woche um 1 Mt.

16. Die Lohnzahlung hat wöchentlich, und zwar am Freitag, während der Arbeitszeit zu erfolgen.

17. Die wirkliche Arbeitszeit soll täglich höchstens 10 Stunden betragen.

18. Sonntags soll der Schluss der Arbeitszeit nachmittags um 8 Uhr erfolgen.

19. Fünf geleistete Überstunden soll pro Stunde ein Lohnzuschlag von 25 Pf. erfolgen.

20. Nach- und Feiertagsarbeit ist nicht statthaft.

21. Das Arbeitsverhältnis kann nur nach einer 8 Tage vorher erfolgten Kündigung gelöst werden.

22. Die Arbeitsräume müssen in der älteren Jahreszeit, sobald es die Arbeiter notwendig halten, geheizt und alle Tage einmal aufgeholt der Arbeitszeit gefehlt werden.

23. Für Waschgelegenheit, gutes Trinkwasser und für die Geschlechter getrennte Garderobenräume ist Sorge zu tragen.

24. Der Vertrag ist gültig vom bis

Die Kündigung desselben muß 4 Jahre vor seinem Ablauf erfolgen; erfolgt eine Kündigung nicht, so gilt der Vertrag auf ein weiteres Jahr.

25. Die Verhandlungen über einen neuen Vertrag hat die eingesetzte Kommission, unter Zugabe des Vertreters des Deutschen Textilarbeiterverbands und des Vertreters der Unternehmerorganisation, zu erledigen.

Die einstimmige Annahme dieses Tarifs durch die aus fast allen Stickerorten des Vogtlandes stark besuchte Konferenz, gibt wohl die Gewähr dafür, daß die Stickerarbeiter allerorten mit größtem Eifer für die Propaganda des Tarifs einzutreten werden.

Vorerst wird der Tarif noch nicht eingezogen. Es gilt vorerst, die Grundprinzipien des Tarifs in den Arbeiterkreisen zu feststellen, b. h. dafür zu sorgen, daß sich die gesamte Stickerarbeiterchaft, oder wenigstens der größte Teil derselben, den Tarif entweder zu eigen macht. Soll ein solcher Tarif mit dem Unternehmertum abgeschlossen werden, so kann das natürlich nur geschehen, wenn die Arbeiter in einer Organisation vereint sind. Eine solche Vereinigung gibt die Gewähr für beide Seiten, sie die Unternehmer wie für die Arbeiter, daß der Tarif auch gehalten wird. Die Unternehmer wollen erst dann Tarife abschließen, wenn die Arbeiter so organisiert sind, daß ihre Organisation die Gewähr bietet, daß die Abmachungen gehalten werden. Mit einem Wort:

Die Arbeiter müssen durch Masseneintritt zur Organisation, dem Deutschen Textilarbeiterverband, einen der Unternehmerorganisation gleichwertigen Kontrahenten, d. h. vertragsschließenden und die Vertragsbestimmungen haltenden Teil schaffen.

Viele Unternehmer wünschen selbst, daß die Arbeiter darauf dringen, daß überall einheitliche Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Dadurch würden auch die Unternehmer ein leichteres Maßnahmen haben, weil dadurch die auf Kosten der Arbeitsverhältnisse wuchernde Schmutzkonkurrenz, welche die Rentabilität der ganzen Industrie untergräßt, beseitigt würde.

In diesem Tarif haben nun die Arbeiter ein greifbares Ziel vor Augen, welches sie sehr leicht erreichen können, sobald sie einig sind und eine strenge Organisation schaffen. Die Fleißeranten des Rohmaterials sind ebenfalls vereint und haben für ihre Waren einheitliche Verkaufsbedingungen festgesetzt. Bleiben also nur noch die Arbeiter welche sich vereinigen und dafür sorgen müssen, daß die in diesem Tarif niedergelegten Verkaufsbedingungen ihrer Arbeitskraft von den Unternehmern anerkannt werden. Wer von den Unternehmern diese Verkaufsbedingungen nicht anerkennt, na, dem wird eben seine Arbeitskraft mehr verkauft. Die Organisation sorgt denn schon dafür, daß die etwa freibleibenden Arbeitskräfte solange zurückgehalten werden, bis sich Käufer derselben zu den im Tarif festgelegten Verkaufs-, d. h. Lohn- und Arbeitsbedingungen gefunden haben. Werden die Stickerarbeiter und -Arbeiterinnen in der jetzt einsetzenden Agitation den Tarif auf ihr Panier nehmen und in allen Orten für nichts anderes Propaganda machen wie für den Tarif, den Tarif gewissermaßen zur Seele ihrer Lebensbedingungen machen, dann wird sehr bald der Zeitpunkt da sein, wo er in Kraft treten muß.

Zeit ist es, daß hier etwas Ganzes unternommen wird. Aus Plaua, einem Hauptort der Stickerindustrie, wird die entsprechende Tatsache gemeldet, daß in einer der letzten Vorstandssitzungen der Krankenkasse bis beiden Rassen kontraktiert haben, daß von sehr sich treibenden Personen immer oft an Lungen- oder Gehirntuberkulose leiden. Das ist ein erschreckendes Zeichen für die Gesundheitsschädlichkeit der Sticker-Industrie. Hier muß gräßliche Remedy geschaffen werden, und da in dieser Beziehung die Gewerbegebung vollständig versagt, so müssen und können sich die Arbeiter und Arbeiterinnen nur durch die Organisation selber helfen.

Wenn daher jetzt damit begonnen wird, überall Betriebsversammlungen abzuhalten, so ist es eine sich selbst schuldige Ehrenpflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin, überall für einen vollständigen Besuch der Betriebsversammlungen Gongs zu tragen.

Man nehme sich ein Vorbild an der Begeisterung der südfranzösischen Männer, die mit wahrer Tapferkeit und Entfernung für die Durchsetzung ihres Willens eingetragen sind. Die Arbeiterchaft der Sticker-Industrie hat hier weit weniger zu riskieren wie die südfranzösischen Weinbauern, obwohl die Begeisterung für ihre gute Sache, für Einführung ihres Tarifs, müssen sie es den Wingen gleichsetzen. Ein Kollege überdruts in der Agitation den anderen, ein Ort wettkämpft mit dem anderen, und bald wird sich auf der ganzen Linie, dem gesetzten Siele zu, die Bewegung unaufhaltsam in Vormarsch befinden.

Das Ziel ist nah,

Der Weg ist offen,

Drum vorwärts, Brüder, in den Sieg!

Wir rufen laut blau in alle Winden:

Wir kämpfen für Gerechtigkeit!

Die „Gelben“ in Osnabrück.

Auch in Osnabrück ist nun ein „gelber“ fertig bei den Steinhammer, Obermeister, Untermeister, Kaufmännern suchen für ihn Proleten zu machen. Sie wollen sich zunächst nur an diejenigen, welche vermeintlich noch keiner anderen Organisation angehören. Wie lange wird es aber dauern und man wird sich auch an die übrigen wenden. Diese werden dann eine harte Probe zu bestehen haben. Man wird schließlich jeden Arbeiter, jede Arbeiterin für den neuen Verein gewinnen wollen, doch diesen die Mitglieder dieses Vereins weder einer sozialdemokratischen Organisation, noch einer anderen Arbeiterorganisation angehören. Unsere Mitglieder werden also auf eine harte Gewissensprobe gestellt werden. Schon jetzt wird als gefährliche Person angesehen, wer nicht unterschreibt und die Mitgliedschaft in dem neuen Verein nicht erwirkt. Es gibt freilich auch einsichtige Meister, welche die

Abstimmung nicht mehr hinreichend. Und eine um sich greifende Befreiung ist auch hier immer schon an sich ein gefährlicher Factor: in Erwartung weiterer Preisermäßigungen halten die Käufer und Verbraucher mit Beilagen und Bestellungen zurück und der Stein kommt auf solche Weise immer schneller und ununterhaltsamer ins Rollen. Doch sind das für den Augustist alles nur Möglichkeiten und Vermutungen. So hat sich der Zwecklos vorher einem hohe „Kupferpreis nach einem starken Rückgang im Anfang des Juni zufolgend gegen Mitte des Monats wieder erholt.

Ganz unklare Verhältnisse herrschen nach wie vor auf dem Betreibemarkt. Das Einzige, was man einzufordern mit Wahrheitlichkeit behaupten kann, ist: daß der Höchstpunkt der Preise wohl überschritten ist. Und zwar finden wir für Berlin den Höchstpunkt wiederum am 1. Juni gestern, am Sonnabend, am 1. Juli seitdem ist hier ein Verabschieden eingetreten bis auf 201 Mt. für die Tonnen Weizen und 198 bis 200 Mt. für Roggen. Cheng-Pen-York und Liverpool-Bordon zeigen gleichfalls schon geringe Zeiten die Wiederabwärtsbewegung. Einmal schaft man die aus älteren Zeiten noch verfügbaren Preise höher als bisher; in Nordamerika sollen die hohen Preise überwunden, bisher unsichere und nicht vermeidbare Absicherungen der Farmer hervorgebracht haben; Argentinien soll nach dem Ende des Eisenbahnrails seine Exportleistungsfähigkeit erst voll entfalten. Ferner ist die Schädigung der heranreifenden Getreimenengen gänzlicher geworden. Die mit älteren Getreidearten abwechselnden Getreidearten sind es, die die Börsen und der Betreibemarkt den Donauländern sollen nach neueren Berichten die Wasseraufschwemmung gänzend stehen, und da dort der Mais (ähnlich wie bei uns die Kartoffel) den Weizen und Roggen als Nahrung ohne Schwierigkeit erträgt, so würde selbst eine geringere Donaulandproduktion nicht besonders abweichen. In Deutschland schreibt die „Börsliche Zeitung“, haben sich die Ernteschätzungen im Durchschnitt befriedigend gestaltet. Von Weizen ist die Winterfrucht, soweit sie nicht ungepflügt wurde, in vielen Gegenden wohl besser entwickelt, als man vorher erwartet hatte; der Sommerweizen aber, der als Frühweizen die einen großen Teil der umgepflanzten Fläche diente, steht ebenso wie alle übrigen Sommerweizenfelder sehr ausfallsfähig, und nicht minder schlecht die sehr gut aufgepflanzten Kartoffelfelder in früheren Wetteranfällen, Roggen hat eine gute Widerstandsfähigkeit, während bei den Marendenarten die gegenwärtigen Ernteschätzungen fast stets noch die Oberhand behielten. Immerhin scheint die Ernte des Ossenbarts sehr gut ausgegangen zu sein. Kartoffeln wachsen in feiner Witterung zu Ausfällen, obgleich sie nicht ungepflügt werden, in vielen Gegenden werden sie besser entwickelt, als man vorher erwartet hatte; der Sommerweizen aber, der als Frühweizen die einen großen Teil der umgepflanzten Fläche diente, steht ebenso wie alle übrigen Sommerweizenfelder sehr ausfallsfähig, und nicht minder schlecht die sehr gut aufgepflanzten Kartoffelfelder in früheren Wetteranfällen, Roggen hat eine gute Widerstandsfähigkeit, während bei den Marendenarten die gegenwärtigen Ernteschätzungen fast stets noch die Oberhand behielten. Immerhin scheint die Ernte des Ossenbarts sehr gut ausgegangen zu sein. Kartoffeln wachsen in feiner Witterung zu Ausfällen, obgleich sie nicht ungepflügt werden, in vielen Gegenden werden sie besser entwickelt, als man vorher erwartet hatte; der Sommerweizen aber, der als Frühweizen die einen großen Teil der umgepflanzten Fläche diente, steht ebenso wie alle übrigen Sommerweizenfelder sehr ausfallsfähig, und nicht minder schlecht die sehr gut aufgepflanzten Kartoffelfelder in früheren Wetteranfällen, Roggen hat eine gute Widerstandsfähigkeit, während bei den Marendenarten die gegenwärtigen Ernteschätzungen fast stets noch die Oberhand behielten. Immerhin scheint die Ernte des Ossenbarts sehr gut ausgegangen zu sein. Kartoffeln wachsen in feiner Witterung zu Ausfällen, obgleich sie nicht ungepflügt werden, in vielen Gegenden werden sie besser entwickelt, als man vorher erwartet hatte; der Sommerweizen aber, der als Frühweizen die

Broschürenmacherei nicht mitmachen; sie dürfen auch bald als anziehend angesehen werden. Sie sind in der Achtung der Weber freitlich gestiegen, die anderen gefallen.

Die neue Gründung soll auch mit Wohlfahrtseinrichtungen verbränt werden, jedenfalls, um sie für die Arbeiter anziehender zu machen. Herr Hämmerer will zu diesem Zweck dem Verein übertragen: bei der Gründung sofort 5000 M., einen jährlichen Zuschuß von 4000 M., je nach dem Geschäftsaufall am Jahresende 10–15 000 M., weiter sind noch 14 000 Mark in Aussicht gestellt bei etwaiger Gründung einer Witwen- und Waisenfasse. Zu dieser sollen auch die Arbeiter mit beitragen, d. h. 8 Proz. ihres Gehalts opfern. Auch eine Kranken- und Invalidenversicherung ist in Aussicht genommen. Ein Konsumverein soll auch gegründet werden.

Ist der Verein schon eine Fessel für die Arbeiter, weil er ihnen die Augehörigkeit zu einer Organisation nicht gestattet, welche um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage bemüht wäre, so daß sie also stets mit dem, was die Firma ihnen bietet, in Bezug auf Lohn und Arbeitszeit vorlieb nehmen müssen, so kann ihnen die soziale Fürsorge aber auch noch Schaden bringen; denn wenn sie den Betrieb verlassen — vielleicht, weil sie mit dem erzielten Verdienst unzufrieden sind —, so müssen sie auch aus dem Verein ausscheiden und verlieren dann, was sie an Beitrag — auch für die Unterhaltungseinrichtungen — eingezahlt haben; nur infolge Alters oder Unabilität aus dem Betriebe austretende sollen die "Wohltaten des Vereins" weiter genießen. Und auch ihnen könnte man diese wohl noch freitlich machen, wenn z. B. behauptet würde, sie seien noch arbeitsfähig. Doch davon abgesehen: Wenn z. B. jemand dem Verein 10 Jahre lang angehört und dann den Betrieb verläßt, scheidet er auch aus dem Verein aus. Er hat dann zehn Jahre lang die gewöhnlichen Vereinbeiträge — pro Jahr 1 M. — und 8 Proz. seines Verdienstes für zehn Jahre eingezahlt — den Beitrag an die Wohlfahrtseinrichtungen. Nehmen wir diesen pro Jahr auf 20 M. an, so sind das 200 M. In zehn Jahren, dazu die ordentlichen Beiträge, gleich 10 M., macht einen Verlust von 210 M. Dagegen kann man sich auch nicht dadurch schützen, daß man dem Betriebe treu bleibt, denn es heißt in § 9 des Status: Der Austritt aus der Beschäftigung bei der Firma Hämmerer hat auch den Austritt aus dem Verein zur Folge." Wir müssen unter "Austritt" auch Entlassung verstehen, denn eine Entlassung ist ja ohne Austritt aus der Beschäftigung nicht möglich. So kann es sich fügen, daß niemand etwas bekommt, weil eben alle aus der Beschäftigung ausgetreten sind. Die Firma will sich wohl nur einen geduldigen Arbeitersmann sichern wollen, den sie sich erhalten will, wenn es geht; es wird aber ihrer Meinung nach wohl nur dann geben, wann die Arbeiter nicht mythen und mit den miserablen Arbeitsbedingungen vorlieb nehmen. Andernfalls würde sie wohl auch vor Entlassungen nicht zurücktreten, und wenn dann die Entlassenen Ansprüche an die Wohlfahrtseinrichtungen erheben, würde sich der Verein auf sein Statut berufen können und die Ausgetretenen würden von ihrem schönen Gedanke nichts wieder zu sehen bekommen, waren also materiell geschädigt.

Wir halten es schon aus materiellen Gründen für unmöglich, daß sich auch nur ein Arbeiter, auch nur ein Arbeitnehmer dem "Geld" annehmen könnte, ganz abgesehen von den öffentlich-rechtlichen Bedenken, die sie gegen den neuen Arbeitgeberverein liegen müssen, der sie, sobald sie bei ihm Mitglied würden, prangt, auf eines ihrer wichtigsten staatsbürglerischen Rechte, das Sozialrechte, zu verzichten und sich damit der Willkür des Unternehmers auf Gnade und Ungnade preiszugeben. Mag dem aber sein, wie ihm wolle; die Arbeiter sind hier durch

Posamentierer-Konferenz.

Eine Posamentierer-Konferenz lagte am 18. Juni 1907 in Darmstadt. Sie war von Frankfurt, Offenbach, Mainz, Wiesbaden, Mannheim und Darmstadt mit zusammen 28 Delegierten besetzt. Als Vertreter des Gauvorstandes war Schöneschöfer-Eberfeld anwesend. Die Tagesordnung lautete:

1. Bekanntgabe der Statistiken.
2. Kallist und Organisation.
3. Generalstreit.
4. Antreage.
5. Verschiedenes.

Zur Leitung der Verhandlungen wurden gewählt:

1. Vorsitzender: Böhm-Frankfurt a. M.
2. Vorsitzender: Ebenso-Darmstadt.
3. Schriftführer: Leichig-Offenbach a. M.
4. Schriftführer: Höhfeld-Frankfurt a. M.

Der Vorsitzende gab zunächst Bericht über die von der letzten Konferenz beschlossene Jahresstatistik der einzelnen Orte, die einen klaren Bild gab über die Besetztheit der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dem Bezirk. Organisatorisch von allen Beschäftigten 75 Proz. männliche und nur 5 Proz. weibliche Personen, und wurde hierbei die Feststellung gemacht, daß in den Betrieben, welche die wenigsten Organisierten aufwiesen, auch die schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnisse herrschten. Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt 0% Stunden täglich; die Löhne schwanken für männliche Arbeiter zwischen 10–28 M., für weibliche zwischen 8–18 M. Überstudien werden überall mit 25 Proz. (außer Offenbach mit 20 Proz.) aufgeschlagen. Gehaltsmarkt wird in grossem Maßstabe nur in Offenbach gemacht, wo nur Guttafektion in Betracht kommt.

Die Debatte über diese Statistiken war eine sehr anregende. Sie sollen fortgeführt werden.

Auf Antrag Ebenso-Darmstadt wurde der 2. Punkt mit dem 3. Punkt der Tagesordnung verbunden.

Schöneschöfer-Eberfeld referierte hierauf über den Generalstreit und den Wert der Organisationen. Redner machte auf die vielen Gefahren aufmerksam, welche ein Generalstreit in sich bringt und nahm auch Bezug auf die letzte Posamentiereraussperrung in Berlin. Vor allen Dingen müsse die Organisation so ausgebaut sein, daß wenigstens 90 aller beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert seien. Gerade hierin liegt es bei den Posamentierern noch sehr im argen. Wenn man dann noch Sachsen und Württemberg in Betracht zieht, so wäre ein General- oder Sympathiestreit ein Schlag ins Wasser. Hier heißt es zunächst, die Organisation auszubauen, schrittweise Verbesserungen zu erringen und vor allen Dingen eine gut fundierte Votilstaffel, welche es den Mitgliedern ermöglicht, einen etwaigen Kampf längere Zeit auszuhalten, zu schaffen. Viele Wenig geben ein Viel, wenn zu dem Beitrag noch ein Drizialzoll erheben wird, welches nur zu beständigen Zwecken hergestellt werden darf. Auf all dieses rüste man sein Hauptaugenmerk, denn nur mit einem geschlossenen Gang kann man arbeiten.

Nach diesem beständig aufgenommenen Referat wurde in die Plenumssitzung eingetreten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung nimmt Böhm-Frankfurt a. M. Bezug auf die Aussperrung der Berliner Kollegen und gibt eine Übersicht über die Ursache hierzu. Redner ist der Überzeugung, daß wohl in den meisten Orten Deutschlands Streikarbeit angefordert wurde, unter teilweiser Benutzung der Tapezierer, welche die Arbeit vermittelten. Jedenfalls sind, sowohl vom Centralvorstand wie von den Berliner Kollegen, Fehler gemacht worden, die bei richtiger Wiedergabe der Verhältnisse hätten vermieden werden können.

Schöneschöfer-Eberfeld rechtfertigt das Verhalten des Centralvorstandes, da anderwärts größere Lohnbewegungen bestanden, welche die Firma Stark in Anspruch nahmen und wo deutlich schlechtere Verhältnisse herrschten. Redner warnt vor einer Verplätzung durch Schaffung eines Sonderverbandes,

Svensson-Darmstadt hält das Solidaritätsgefühl unter den Kollegen nicht für so ausgeprägt, daß ein General- oder Sympathiestreit in Betracht gezogen werden könne. Die Frage einer Sonderorganisation ist für uns überlebt, nur eine Vergrößerung des Verbandes kann uns einen Rückhalt bieten.

Es sprechen hierzu noch eine Anzahl Redner, und wurde nach Annahme eines Schlusshanges dieser Punkt als erledigt erklärt. Svensson-Darmstadt nimmt Bezug auf den letzten Posamentiererkongress in Weipert und reagt an, den nächsten Kongress nicht, wie vor 2 Jahren beschlossen, alle 5 Jahre abzuhalten, sondern möglichst schon nächstes Frühjahr. Es sei unabdingt notwendig, daß etwas Festes und Einheitliches für die Posamentierer geschaffen werde, da man mit dem Verbande selbstständiger Posamentierer zu rechnen habe, welcher seinerseits ebenfalls einheitliche Grundätze aufstelle.

Diese Anregung wurde allseitig befürwortet und folgender Antrag einstimmig angenommen: "In Abrechnung der jetzigen Verhältnisse sollen sämtliche Posamentierer eine Stellung nehmen zur Abhaltung eines allgemeinen deutsch-österreichischen Posamentiererkongresses im nächsten Frühjahr.

Zum 4. Punkt lagen vom Bezirksvorstand Frankfurt a. M. 5 Anträge vor.

Antrag I lautet: "Die Einzelmitglieder in Mannheim sollen den Versuch machen, dort eine Filiale zu gründen."

Welsch-Mannheim hält diesen Antrag wohl für ganz schön, doch seien diese Versuche schon öfter gemacht worden, leider immer mit negativem Erfolg, da die Posamentierer-Industrie sich in starkem Rückgang befindet und die dortigen Farber, die sonst nur noch in Betracht kommen, noch zu sehr an Branchenstolz leiden. Andererseits sind wieder Kollegen vom Verband abgespalten, weil sie nicht regelmäßig vom Centralvorstand ihre Marken und Zeitungen erhalten haben; sie sind anderen Verbänden beigetreten.

Schöneschöfer-Eberfeld bemerkt hierzu, daß es dem Centralvorstand nicht immer möglich sei, die Einzelmitglieder regelmäßig zu beitreten, da dies sehr viel Zeit in Anspruch nehme.

Der Antrag I wird hierauf als erledigt erklärt, da die Mannheimer Kollegen sich damit einverstanden erklären.

Antrag II besagt, daß in jeder Stadt, wo eine Organisation besteht, das Vertrauensmannsystem eingeführt wird, d. h. es soll in jeder Werkstatt ein Vertrauensmann gewählt werden.

Nach kurzer Debatte wird dieser Antrag einstimmig angenommen.

Die Anträge III und IV werden zusammengelegt und lauten: "Durch Haushaltstion und Werkstattversammlungen sollen die indifferenzen Kollegen und Kolleginnen zur Organisation herangeführt werden, ohne Unterschied, ob dieselben schon ausgeschlossen wurden oder noch nie einer Organisation angehört, ebenso sollen die Lehrlinge von dem Vertrauensmann des Betriebes noch während ihrer Lehrzeit über unsere Organisation aufgeklärt werden.

Böhm-Frankfurt begründete diese Anträge eingehend und legte dem Unterlassersystem großen Wert bei, denn gerade durch unregelmäßiges Nachstreben gingen viele Mitglieder verloren. Ebenso gibt Redner ein Bild davon, wie oft Prinzipsale ihre Lehrlinge schon fröhlich vor den "Verbändlein" grauslich machen, was bei den jungen Leuten nur zu oft auf fruchtbaren Boden fällt, so daß es noch schwer fällt, diese für unsere Organisation zu gewinnen.

Schöneschöfer und Svensson halten ebenfalls Haushaltstionen für sehr nötig, da eine persönliche Aussprache die Kollegen einander näher bringt.

Es sprachen hierzu noch weitere 11 Delegierte, wobei festgestellt wurde, daß in dem ganzen Bezirk nur 7 Verträge vorhanden sind.

Nach Annahme eines Schlusshanges werden die Anträge III und IV einstimmig angenommen.

Antrag V lautet: "Die Filiale Frankfurt beantragt, daß in jeder Filiale ein Lokalsonds geschaffen wird; die Bestimmung der Höhe des Beitrages für die Mitglieder bleibt von einzelnen Filialen überlassen.

Böhm-Frankfurt begründete diesen Antrag und verweist auf die Berliner Kollegen, welche einen starken Streikfonds angehäuft hatten, wodurch es möglich war, den Mitgliedern einen Zusatz zur Streikunterstützung zu gewähren. Durch einen kleinen Zusatz zum Wochenbetrag können die Filialen mit der Zeit zu einem Streikfonds kommen, der bei Lohnbewegungen schwer in die Waagschale fällt, da er den Mitgliedern einen besseren Rückhalt bietet.

Gänzliche weiteren Redner betonten die Nützlichkeit eines solchen Fonds, der jedoch nur zu diesem einen Zweck angelegt werden müsse, und versprachen, in diesem Sinne in ihren Filialen zu wirken.

Hierauf erfolgt einstimmige Annahme des Antrages.

Unter Verschiedenem wurde von mehreren Rednern berichtet, daß der Gauleiter zu selten in diesen Bezirk kommt, wo doch die ältere Unwissenheit desseßens sehr von Nutzen wäre.

Schöneschöfer-Eberfeld betonte demgegenüber, daß der Gauleiter durch die vielen Lohnbewegungen so in Anspruch genommen ist, daß er nicht Zeit hat, alle Filialen gleichmäßig zu besuchen. Außerdem ist dieser Bezirk zu abgelegen und erfordert zu hohe Reisekosten. Die Kollegen müssten zusehen, daß sie sich selbst ausbilden, wogegen Werkstattversammlungen am besten geeignet wären, wo oft interne Angelegenheiten zu besprechen wären.

Böhm-Frankfurt befürwortet, daß die Filialen bei Versammlungen, wo lästige Redner nötig sind, solche vom Gewerkschaftsstadtkreis hinzuziehen sollen.

Welsch-Mannheim begrüßte die Anregungen des Gauvertreters, aus den Reihen der Kollegen sieben herauszuziehen, welche dann auch am besten in der Lage wären, die Verhältnisse in der Branche zu beurteilen.

Hiermit waren die Verhandlungspunkte erschöpft und wurde als Tagungsort für die nächste Konferenz, da Offenbach ablehnte, Mainz bestimmt. Der Vorsitzende sprach seine Zustimmung darüber aus, daß auch diese Konferenz dazu beigetragen habe, die Verhältnisse in der Branche zu klären und hoffte, daß die angenommenen Anträge auf fruchtbaren Boden fallen werden. Mit dem Dank an die Delegierten für ihre kräftige Mitarbeit schloß der Vorsitzende die Konferenz.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

Deutsches Reich.

(Wochenbericht)

Aussperrung in der Schlesischen Textilindustrie. Ein neuer Kampf ist in Schlesien ausgebrochen worden: Im Landeskreis haben die Fabrikanten, nachdem die Methner'schen Weber die eindeutige Kündigung nicht zurückgezogen haben, den Beschluss gefasst, sämtliche Textilarbeiter zu nachst auszuwerfen, für alle Nichtmitglieder des Textilarbeiterverbandes jedoch die Betriebe offen zu halten. Es ist allseitig bekannt, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der schlesischen Textilarbeiter traurig sind. Schon im vorigen Jahre war es das Vorhaben der Arbeiterschaft in Landeshauptstadt, ihre Löhne etwas zu erhöhen. Die Bewegung brachte den Beinhunderttag und eine geringfügige Lohn erhöhung. Wohl waren damals 15 Proz. Erhöhung vorgesehen worden, jedoch sind sie nie gegeben worden. Die Arbeiter glaubten den Zeitpunkt denn neben einigen weniger wichtigen Sachen die Verbesserung der Löhne um 20 Proz. auf allen Betrieben am Ort. Dieses wurde jedoch abgelehnt. Darauf reagierten die Arbeiter des Betriebes der Firma "Schlesische Kleiderwerke", Abteilung Weißnau, die Kündigung ein. Die Unternehmer antworteten mit folgender Bekanntmachung:

Die Massenkündigung bei den Schlesischen Textilarbeitern Methner u. Fröhne in Ober-Weißnau ist nicht zurückgenommen worden. Gemäß den unter uns getroffenen Vereinbarungen, sowie im Einverständnis mit dem Verband Schlesischer Textilarbeiter schenkt sie uns daher gerügt, unserer gesamten Arbeiterschaft für Sonnabend, 13. Juli, zu kündigen.

Alle diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche nicht Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes sind und zu den bisherigen Bedingungen weiterarbeiten wollen, sondern wie auf ihre Erklärung hierüber schriftlich oder mündlich in unseren Kontrollen abzugeben, sollt sich eine genügende Anzahl Arbeiter melden, wird der Betrieb alsdann fortgesetzt.

Die Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes bleiben so lange von der Arbeit ausgeschlossen, bis die Massenkündigung bei der Firma Schlesische Textilwerke Methner u. Fröhne zurückgenommen ist.

Unterzeichnet ist das Opus von sämtlichen Landeskreisfirmen. Die Berliner Arbeiterschaft dürfte es besonders interessieren, daß auch die Firma J. & C. Grünefeld zu den ausgesperrten Firmen gehört. Der Arbeiterschaft war also der Gehobenheitskampf hingeworfen. Sie hat ihn aufgenommen. Am mächtigen überalligen Versammlungen, die am Freitagabend stattfanden, wurde beschlossen, die Kündigung aufrecht zu erhalten. Der Streit der Methner'schen Weber ist schon am nächsten Montag verstellt geworden, während die Aussperrung erst am 13. Juli in Kraft treten soll, wenn nicht mittlerweile eine Einigung auf der Basis annahmbarer Zugeständnisse erreicht wird. Erhebungen haben ergaben, daß der Durchschnittslohn der Methner'schen Weber und Weberinnen 9,80 Mark beträgt. Es wäre ihnen also wohl eine Erhöhung zu wünschen. Falls die angekündigte Aussperrung durchgeführt wird, kommen für dieselbe zirka dreitausend Arbeiter und Arbeiterinnen in Betracht. Der Kampf wird sicher ein schwerer werden. Früher haben sich die Fabrikanten auf russische Arbeiter, besonders solche aus Polen verlassen, jedoch dürfte ihnen das diesmal nicht gelingen.

Der Beinhunderttag. Am Sonnabend, den 22. Juni, wurde in Durlachsdorf im Erzgebirge in allen Strumpffabriken durch Aussperrung bekannt gegeben, daß vom 1. Juli an die zehnständige Arbeitszeit herrschen werde. In den kleineren Fabriken bestand sie schon; dort wurde sie im vorigen Jahre auf Drängen der organisierten Arbeiterschaft eingeführt. Nur haben auch die größeren Betriebe nachgegeben.

Nach achtwöchiger Dauer ist der Kampf bei J. A. Rothschild Schöne in Stadtoldendorf abgebrochen worden, weil bei einer Großfeier zum 1. August die Eingangstür geschlossen war. Die Aussperrung kam aber auch nur dadurch zustande, daß die Unternehmung in bezug auf Lohn erhöhung und Behandlung gewisse Zugeständnisse machten. Bis diese erfüllt sind, ist natürlich von Stadtoldendorf der Zugang fernzuhalten.

Bei W. Knepper in M. Gladbach fandt am Sonnabend, den 22. Juni, sämtlicher Weber wegen Maßregelung eines Ausschusses aus.

Der Beinhunderttag und Lohn erhöhung wird in acht Betrieben in Ruhrberg als gefordert.

Bei Kunzel u. Schulze in Chemnitzschau, Wigognesplanner, fordern die Arbeiter Lohn erhöhung.

Lohn erhöhung fordern auch die Arbeiter der Firma Wolf in Glaubau.

Die Weber der Firma Menz in Sonthofen befinden sich im Streit zwecks Abwehr einer Strafe und Anerkennung der Organisation.

Die Kollegen in Gossland und Wehrsdorf sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern außer Abstellung der verschiedenen reichlich vorhandenen Mitglieder von allen Dingen eine zehnprozentige Lohn erhöhung, einen geregelten Lohntarif, in Wehrsdorf auch Einführung des zehnständigen Arbeitszeitages. Verhandlungen sind im Gange. Bei Augst in Wehrsdorf haben die Verhandlungen zur Entlassung eines Kommissärs mitglied des verhandelnden Betriebsausschusses nun auch nicht erklungen werden müssen. In Frage kommen bei der Bewegung drei Betriebe; in Gossland die Mechanische Weberei Akt.-Gesellschaft, in Wehrsdorf die Firmen Schöne u. Vöhrne und Gebr. Augst.

In der Spinnerei Erlangen hat in den letzten Wochen eine Lohnbewegung stattgefunden, die von eingeschlagen Erfolg war.

Die Textilarbeiter in Schlesien sind in eine Lohnbewegung eingetreten. In zwei gut besuchten Versammlungen wurden die Verhältnisse der in Betracht kommenden Rosenhalschen Firma einer eingehenden Kritik unterzogen und beschlossen, Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde, Erhöhung der Lohnsätze um 10 bis 20 Proz., Regelung der Löhne für Tagearbeiter, Scherer, Spuler usw. einzureichen.

Ausland.

Schweiz. Die Sperre verhängt hat das Zentralomitee des Schweizerischen Textilarbeiterverbandes über die Zuckfabrik von Grün-Biel in Schaffhausen. Es bestehen dort Lohnabschreitungen.

Schweiz. Die Farber des Kantons Bürgen stehen in einer Lohnbewegung und ersuchen dringend, den Kanton Bürgen zu meiden. Sperrebrecher werden als Streubrecher bezeichnet.

Ungarn. Zwei Posamentierermeister in Budapest vereinigten sich am 1. Juli und errichteten einen gemeinsamen Werkstatt. Sie heißen Ferenc und Precl und Granz Seib. Vor der Vereinigung luden sie sich der lokalen Arbeiterschaft zu entledigen. Neben der vereinigten Werkstatt wurde der Wohlfahrt ausgesprochen. Die Posamentierarbeiter werden erwartet, auf die Namen Ferenc und Precl und Granz Seib zu achten und dort keine Arbeit anzunehmen.

Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen.

Deutsches Reich.

Der Vorstoß der Badwaren in Berlin, die aus Pädereien stammen, welche die Forderungen der Gehülfen nicht bewilligt haben, nimmt seine Fortgang und zeitigt schöne Resultate.

Im Berliner Baumarkt sollte am Montag mit der Einstellung der gewonnenen Arbeitswilligen begonnen werden. Die Unternehmer geschehen aber ein, daß sich eine genügende Anzahl Arbeitswilliger in der gesunden hat. Die Arbeiter sind der Hoffnung, daß auch dieser Schwung der Unternehmer zu Wässer werden wird, sehr froh. Die Zahl, die die Arbeitswilligen erreichen könnten, auf höchstens 2000. Zu Bericht muss jedoch auch gezogen werden, daß die Unternehmer mit dem Verein der Altordnauer Berlins einen Tarifvertrag abgeschlossen haben, der bis zum 30. März 1910 Gültigkeit hat.

90 Prozent aller Beschäftigten (2700) sind auf der Germania-Werft in Kiel ausgesperrt worden, weil 200 Mietler die Arbeit niedergelegt haben.

Eine internationale Konferenz sozialistischer Frauen ist auf Sonnabend, den 17. August nach Stuttgart (Württemberg) eingebeten worden. Die provisorische Tagesordnung lautet: 1. Berichte über die sozialistische Frauenbewegung in den verschiedenen Ländern. 2. Schaffung regelmäßiger Beziehungen zwischen den organisierten Genossinnen der einzelnen Länder. 3. Das Frauenstimmrecht. Alle sozialistischen Frauen- und Arbeiterinnengesellschaften sind eingeladen, ihre Vertreterinnen oder auch Vertreter zu dieser Konferenz zu entsenden. Die Organisationen der einzelnen Länder bestimmen selbst den Modus, nach dem sie zu der Konferenzdelegierten. Anträge zur Tagesordnung müssen bis spätestens 1. August an Otilie Baader, Berlin SW. 68, Lindenstr. 8, gesandt werden.

Husland.

Österreich. In Brünn ist der größte Teil der Arbeiter der drei dortigen Wollwarenfabriken, Adolf Weinberger, Moses Loewy und Max Lohn (je 1000) in den Ausland getreten. Sie fordern höfliche wöchentliche Arbeitszeit und Lohn erhöhung. — Am Kapital ist die Bewegung immer noch nicht beendet. — In Wien stehen die Weber in Lohnbewegung. — In der Spinnerei von Ernst Wautner in Wittenbach hat eine erfolgreiche Lohnbewegung stattgefunden. — In Fischamend streiken die Arbeiter der Firma Götz-Weier. — In der Floridsdorfer Textilspinnerei streiken 1000 meist weibliche Personen, wogegen sie durch eine „Lohnregulierung“ verlangt werden sind, die zum Teil in Lohnreduktionen bestehen. — In Jablonka a. Mar haben die Textilarbeiter einiger Betriebe geringe Lohn erhöhungen ohne Streik erzielt. — Bei Florian Schmidt in Jägerndorf ist es zu für die Arbeiter nicht ganz ungünstigen Vereinbarungen zwischen ihnen und der Firma gekommen. — Von Erfolg war auch ein kurzer Streik in Viedenoweden. — Eine Lohnbewegung in der Baumwollspinnerei und Weberei in Mariental endete mit dem Erfolg, daß außer anderen Zugeständnissen auch die einer fünfprozentigen Lohn erhöhung erzielt wurde. — In Privilisau, bei der Firma Wilhelm Mayer, Tücher- und Modeweberei, ist das Zugeständnis der probeweisen Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit auf drei Monate gemacht worden. Bewährt sie sich, soll sie beibehalten bleiben. Der Minimallohn für einen qualifizierten Arbeiter ist auf 2 Kronen täglich festgesetzt worden. In Nöcklitz bei der Firma Rieger stehen die Arbeiter um den zehnstündigen Arbeitstag und Lohn erhöhung. — Der Streik in der „Ersten Wiener Baumwollfabrik“ in Siebenhirten dauert unverändert fort. — In Steyrberg hat die Bewegung neue Erfolge aufzuweisen; mit der Firma Gröger sind annahmbarere Vereinbarungen geschlossen worden. — In Teplitz haben die Wirkler bei verschiedenen Firmen Lohn erhöhungen erzielt. — Streit wird noch in Zwiesel.

Statistische Daten zur Gewerkschaftsbewegung in Russland. Man zählt jetzt 652 Gewerkschaften mit 246 272 Mitgliedern im ganzen Reich, welche sich nach einzelnen Gewerben wie folgt verteilen:

1. Bergbau	5	Gewerkschaften mit 2475 Mitgliedern.
2. Holzbearbeitungsindustrie	88	" 9 927 "
3. Federindustrie	85	" 12 066 "
4. Metallindustrie und Maschinenbau	81	" 54 173 "
5. Bekleidungsindustrie	59	" 15 089 "
6. Druckereiwerke	72	" 28 654 "
7. Baumwolle	43	" 12 396 "
8. Lebensmittelindustrie	78	" 24 848 "
9. Textilindustrie	25	" 37 214 "
10. Handel und Dienstleistung	101	" 32 475 "
11. Soziale Gewerbe	65	" 17 005 "

Da viele Gewerkschaften nicht die Zahl der tatsächlich zur Gewerkschaft gehörigen zahlenden Mitglieder, sondern die Zahl derjenigen, die sich als Mitglieder gemeldet, in die angegebene Organisationkommission aufgenommen haben, so schätzt die Organisationskommission die Zahl der wirklichen Mitglieder auf 100 000, was zusammen mit der Mitgliederzahl der in obiger Tabelle nicht mit eingerichteten Gewerkschaften für alle russischen Gewerkschaften die Gesamtanzahl von 123 000 Mitgliedern ergibt.

Italien. Der allgemeine Wäderausstand in Italien. Ganz untermalt ist der Generalstreik der Wäder in ganz Italien proklamiert worden, nicht als eine Aktion gegen das Unternehmertum, sondern gegen den Bürokratismus und die Ver schleppungstatistik der Regierung. Der heilsame Schred hat auch gleich Wunder gewirkt, so daß das Ministerium erklärte, nichts gegen die sofortige Diskussion des Projekts über das Verbot der Nacharbeit im Wädergewerbe einzubringen zu haben. So werden die organisierten Wädergesellen durch einen 48 Stunden durchgeführten Streik erzielen, daß der Entwurf der sozialistischen Fraktion gleich nach dem Vorlegen des Kommissionsberichtes, also voraussichtlich noch vor den Ferien, zur Diskussion und auch zur Annahme gelangt.

Soziales.

Ron glänzenden Lohnsäcken kann wirklich nicht gesprochen werden, wenn man ein Gefüch in einem auswärtigen Blatt ansieht, durch welches für einen Chemnitzer Betrieb Arbeitskräfte gesucht werden. Das Inserat lautet:

100 Arbeiterinnen und jüngere Arbeiter gesucht nach Chemnitz, insbesondere solche, welche schon in Porzellansfabriken, Spinnereien, Webereien oder Betrieben gearbeitet haben. Reise oder Umzug von Familien wird bezogen. Für Wohnung wird gesorgt. Löhne bei nur 10½ stündiger Arbeitzeit 25–30 Pf. in 125 Stunden.

Wer sich verbessern will, sollte sich melden im Restaurant „Glückauf“, Freiberg, täglich von 7–9 Uhr abends.

Die Arbeiter werden offensichtlich für eine Fabrik der Textilfirma gesucht. Die angebotenen Löhne belaufen sich auf 20 bis 24 Pf. pro Stunde, das sind 12,60 bis 16 Pf. pro Woche. Es kann gerade nicht gesagt werden, daß das Lohnsäcke sind, die Familien zum Umzug nach Chemnitz besonders anzeigen könnten. Etwas verbüchtig ist es immer schon, wenn nicht angegeben wird,

welche Firma die Arbeiter sucht. Sehr häufig müssen die Arbeiter die Erfahrung machen, daß in solchen Fällen, wo sie sich auf die Versprechungen von Agenten verlassen, ihre an sich nicht hohen Erwartungen bitter getäuscht wurden.

Primerarbeitsausstellung zu Frankfurt a. M. Am 20. Juni fand in Frankfurt a. M. unter dem Besitz des Sch. Regierungsrats Bürgermeisters Vorrentrapp eine Sitzung des Hauptausschusses der Heimarbeiterausstellung statt. Es wurden verschiedene geschäftliche Angelegenheiten, namentlich die Aufstellung des Finanzplans, erledigt. Die Gesamtkosten des Unternehmens wurden auf 62 000 Mark veranschlagt; auf die wissenschaftlichen Arbeiten entfallen hier von 32 000 M. An Einnahmen stehen den Ausgaben bis jetzt nur ein seiter Beitrag des Freien Deutschen Hochstifts und der Polytechnischen Gesellschaft von je 500 M. und ein seiter Beitrag der Frankfurter Stadtverwaltung von 15 000 M. gegenüber. Es wurde beschlossen, sich auch an auswärtige Stadtverwaltungen zu wenden, um sie ebenfalls zu seinen Beiträgen zu bewegen. Die in Betracht kommenden auswärtigen Städte haben an dem Zustandekommen der Ausstellung dasselbe soziale Interesse wie Frankfurt, da auch die in ihren Bezirken vorkommenden Heimindustrien Gegenstand der Untersuchungen bilden. Für den Rest der ungebedienten Ausgaben ist ein Garantiefonds eingerichtet worden. Über den Stand der sehr umfangreichen wissenschaftlichen Vorarbeiten erfasste der Vorsitzende des wissenschaftlichen Ausschusses, Professor Arndt, einen eingehenden Bericht. Es sind ungefähr 60 Sonderausschüsse zur Untersuchung der einzelnen Zweige der Heimarbeit im Bezirk der Ausstellung gebildet worden. Zahlreiche freiwillige Helferkräfte aus Unternehmern und Arbeiterkreisen haben sich zur Verfügung gestellt. Im Interesse der Gründlichkeit der Untersuchungen, die ein möglichst vollständiges Bild der Hausindustrie des Bezirks geben sollen, ist die Verschiebung der Ausstellung vom Herbst dieses Jahres auf das Frühjahr 1908 beschlossen worden. Die hygienischen Verhältnisse der Hausindustrie sollen Gegenstand genauerer Untersuchungen bilden; ein hauptsächlich aus Arzten bestehender besonderer hygienischer Ausschuß wird diese Arbeiten organisieren.

Neunstundentag der städtischen Arbeiter in Zürich. Anstelle des bisherigen Zeihunderttages beschloß der große Rat von Zürich den Neunstundentag für die städtischen Arbeiter einzuführen. Genosse Greulich trat dafür in längerer wirtschaftlicher Rücksicht ein, und von demokratischer Seite wurde er unterstützt, während die Liberalen erklärten, sie wären auch dafür, aber sie müssten auf ihre Wähler (den reaktionären, scharfmacherischen Bürgerverband) Rücksicht nehmen. Schlließlich wurde mit 61 gegen 25 Stimmen der Neunstundentag beschlossen.

In weiterer Fortschritt wurde bezüglich des Minimallohnes erzielt. Stadtrat und Kommission beantragten einen minimalen Tagelohn von 5 Fr. für erwachsene Handwerker und von 4,50 Fr. für erwachsene Handländer. Auf Antrag des Genossen Pfarrer Pflüger wurde diese minimalen Tagelöhne um je 50 Rp. auf 5,50 Fr. und 5 Fr. erhöht.

Krautarbeit und Kinderfürsorge. Im Auftrage der „Zentralstelle für private Fürsorge“ in Frankfurt a. M. ist von Herrn Dr. W. Feld eine Abhandlung herausgegeben worden über: „Die Kinder der in Fabriken arbeitenden Frauen und ihre Versorgung.“ Einige der charakteristischen Befundungen, die in dieser Schrift niedergelegt sind, beziehen sich auf die Verhältnisse innerhalb der Firma im Schuh und Textilindustrie. Die ihnen zugrunde liegenden Angaben wurden durch eine von den Gewerkschaften ausgeführte Umfrage gewonnen. Es handelt sich also wohl nicht um die Verhältnisse der schlechtgestellten Bevölkerungsgruppen, sondern um die solchen, die sich trotz ihrer gewerkschaftlichen Organisation immerhin auf gewisser berührungsloser sozialer Höhe erhalten konnten. Aber auch in dieser Region sind die sozialen Verhältnisse tief traurig. Von 1605 Kindern unter 14 Jahren waren 406 = 30,9 Proz. während der Abwesenheit der Mutter ohne jede Aufsicht. 90 Proz. dieser Kinder waren zwar über 6 Jahre alt, 38,2 Proz. aber noch unter 10 Jahren. In 629 Fällen wurden die Großeltern bezügl. Großmütter als Aufsichtspersonen angegeben. Von 55 Arbeiterinnen, die wöchentlich 6 bis 8 M. verdienen, lassen 35 Proz. ihre Kinder unbeaufsichtigt. Bei den 61 Arbeiterinnen mit 9 M. Wochendarleistung sind es 20,8 Proz., bei den 51 Arbeiterinnen mit 9–11 M. 22,4 Proz. und bei den 30 Arbeiterinnen, die 12 M. und mehr verdienen, nur noch 17,3 Proz., die ihre Kinder sich selbst überlassen müssen. Dass es dabei in der Tat um ein Glück handelt, geht ohne weiteres aus der Tatsache hervor, daß bei einem Kind und einem Verdienst von 12 M. und mehr nur 2 von den hier in Frage kommenden 14 Frauen ihr Kind allein lassen, während bei 3 und mehr Kindern 3–4 von 12 Fällen unbeaufsichtigt bleiben. Es zeigt sich hier wieder, daß, wie ja auch längst von anderer Seite und besonders zwingend durch die Gewerbeaufsichtscommission von 1899 über die Fabrikarbeit berührter Frauen festgestellt wurde, mit steigender Kinderzahl die Nötigung zum Mutterverbot der Hausmutter, selbst um den Preis der Verwahrlosung der Kinder, wächst.

Die mitgeteilten Zahlen sind aber auch noch in mancher anderer Beziehung höchst lehrreich. Die Höhe der aufgewandten Pflegekosten richtet sich nicht in erster Linie nach der Zahl der zu beaufsichtigenden Kinder, zu verpflegenden Kinder, sondern nach der Höhe des Arbeitsverdienstes der Frau. Von den 180 Familien, die 3 und mehr Kinder hatten, wurden bei einem Verdienst von 6–8 M. in 2 Proz. der Fälle bis zu 1 M. Pflegekosten pro Woche bezahlt, während von den 45 Familien der gleichen Kategorie, die mit einem Frauendienst von 12 M. und mehr zu rechnen hatten, in 17,8 Proz. der Fälle bis zu 4 M. und in 24,4 Proz. der Fälle mehr bezahlt wurde. Das heißt also, der Verdienst ist so gering, daß eine sachgemäße Aufsicht und Pflege nicht bezahlt werden kann. In den Pflegekostenreihen von über 1 bis 2 und 3 M. zeigt sich ausnahmslos ein abnehmender Prozentsatz mit steigender Kinderzahl, während für die höchsten Pflegekosten (über 4 M.) umgekehrt der Anteil der Familien mit deren Kinderzahl wächst, ausgenommen die Familien mit mehr als 3 Kindern und geringstem Verdienst der Frau.

Als Überschluß über die Verpflegungsosten der Kinder ergibt sich in 285 (½) der Fälle der gesamte Verdienst der Frau, weil für die Versorgung der Kinder keine Ausgaben gemacht werden. In 15 Fällen beläuft er sich auf über 15 M., in 24 Fällen auf 12 bis 15 M., in 56 Fällen auf 10–12 M., in 181 Fällen bis 10 M., in 195 Fällen bis 7 M., in 82 Fällen bis 5 M. und in 20 Fällen bis 3 M. pro Woche. In 36 Proz. aller Fälle ist es also ein Überschluß von 1 M. und weniger pro Tag, für den die Mutter Haushalt und Kinder vernachlässigen muß.

Die anderwärts in diesem Zusammenhang sich auftuenden Missstände werden auch hier hergehoben: mangelhafte Aufsicht und Verpflegung, wenn nicht gar Verwahrlosung der Kinder, Herausbrechen der Kleinen aus dem besten Schlaf, Vernachlässigung des Hauseswesens usw.

Der bürgerliche Richterstaat verlangt auf Grund dieser bekräftenden Wahrnehmungen, daß man davon tragen müsse, „die Würde der Frau auf ihr Hauseswesen und ihre Familie zu konzentrieren“. Wie das erreicht werden könnte, verrät er freilich nicht. Ja, die Vogt der Tatsachen zwinge ihn sogar zu der Feststellung, daß der niedrige Männerlohn die Frauen nötige, zur Versicherung des Unterhaltes der Familie mitzuarbeiten. Seine eigenen Tabellen sagen darüber, daß in 82 Fällen Mann und Frau zusammen 16–20 M. pro Woche verdienten. In 17 Fällen verdient die Frau 12 M. und mehr, der Mann aber nur 10–12 M. In 199 von 618 Fällen hat der Mann 10–12 M. Wochendarleistung. Bei einem Höchstdarleistung des Mannes dagegen von 21–24 M. finden wir nur noch 20 schwerstländige Frauen, darunter 10 in der höchsten Verdienstklasse. Die weitauß überwiegende Zahl der verdienstvollen Frauen, 805 von 618, finden wir in den Männerverdienstklassen von 15–17 M. höchstens. Wir haben jenen diesen Vertrag als den guten Durchschnitt der Verdiensthöhe der männlichen Arbeiter der dortigen Gegend anzusehen.

Damit ist festgestellt, daß in der Crimmitzauer Textilindustrie (denn um diese handelt es sich fast ausschließlich) Mann und Frau zusammen die Höhe des in anderen Industrien üblichen Mannes verdientes erreichen.

Und in Crimmitzau ist der Verdienst der Textilarbeiter noch nicht am geringsten, womit aber nicht gesagt sein soll, daß er sich wesentlich höher stellt als in sonstigen Textilzentren. Den Kindern, die in Verpflegung gegeben werden müssen, weil die Mutter in die Fabrik geht, was geschieht, weil die Kinder sonst nicht ernährt werden können, wäre am besten damit gedient, daß die Mutter zu Hause bleibt könne. Das wäre aber nur möglich, wenn der Mann genug verdiente. Den Verdienst des Mannes so hoch zu bringen, verhindert aber die sogenannten „Nationalen“, von anderen Faktoren ganz abgesehen. Bleibt dann nur Verkürzung der Arbeitszeit übrig, denn je kürzer diese ist, um so mehr wird sich die Mutter ihrem Kind widmen können. Doch von einer Arbeitszeitverkürzung wollen die Unternehmer Crimmitzau nichts wissen, wie ja ohngefähr fast alle Textilindustriellen dagegen sind. Graf Posadowsky, der den geschicklichsten geschäftsfähigen Arbeitstag für die Frauen einführen wollte, ist aber gestorben, und es ist nun weniger Hoffnung denn je vorhanden, ihn zu bekommen. So bleibt dann nichts weiter übrig, als unser Verband so zu starten, daß er nach dieser Richtung hin Fortschritte machen kann. Ober wollen vielleicht die „Nationalen“ in dieser Hinsicht etwas tun, deren Kinder ja nicht minder unter den geschilderten Missständen leiden werden als die unserer Mitglieder? Sie werden sich doch nicht auf immer dem Wohle ihrer eigenen Kinder entgegenstellen wollen. Um Antwort wird gebeten.

Aus Unternehmertreissen.

Die Posamentenrauter als Scharfmacher. Es war vorausgesetzt, daß die Unternehmer der Posamentenindustrie auf ihrem Verbandsstage, den sie vom 22. bis 24. Juni in Berlin im „Deutschen Hof“, Luckauerstraße, abhielten, den kaum verloffenen Kampf der Berliner Posamentiergeschäfte zum Anlaß nehmen würden, ihre scharfmacherischen Pläne, die sie schon längst hegten, zur Ausführung zu bringen. Der Gehilfenkampf lag ihnen schon lange schwer wie Blei in den Knochen, und den Tarifverträgen können sie auch schon längst keine Sympathie mehr abgewinnen. Aus allen Teilen Deutschlands waren die Posamentenwarenfabrikanten zusammengekommen, um zu beraten, wie sie dem „Uebermut“ der Gehilfen entgegentreten könnten. Sie scheinen also ihren Sieg über die Berliner Gehilfenfamilie, die bisher für die gesamte Gehilfenfamilie Deutschlands bahnbrechend wirkte, nicht hoch zu veranschlagen, denn sonst brauchten sie die Gehilfen nicht mehr ernst zu nehmen, wie sie es taten; sie wissen eben, daß sie nur über die Gehilfen deshalb siegen könnten, weil diese sich in einer ungünstigen Konjunktur in den Kampf drängen ließen. Die „Streikarbeit“, die hier und da verordnet worden sein mag, hat den Kampf nicht entschieden, denn die Meister hatten ja selber nichts zu tun. Natürlich müssen sie jetzt die Dinge so darstellen, als ob sie und nicht die Geschäftsfraue über die Gehilfen gefiegt hätten, um sich Mut zu machen, die Position der Gehilfen in ganz Deutschland zu schwächen.

Sie behandelten daher zunächst in allem Ernst die Frage: Sollen Tarifverträge mit den Gehilfen abgeschlossen werden? Über diese Frage wurde aus Anlaß eines Antrages der Leipziger Innung ein Langes und Breites debattiert, ohne daß es zu einem bindenden Beschluss kam. Die meisten der Berliner Unternehmer versprechen sich bis auf weiteres keinen Nutzen von solchen Verträgen. Noch in Berlin gab eine Schilderung des Kampfes, der im Dezember vorjähriges Jahr in Berlin ausgebrochen war. Da habe man gesehen, daß die Gehilfen sich an Verträge nicht lehnen. (Umgekehrt wird ein Schuß daraus. D. R.) Schneider-Würzburg erklärte sich aufs entschiedenste gegen alle Tarifverträge. Die seien, so meinte er, immer nur bindend für die Arbeitgeber, nie für die Arbeitnehmer. Auch Wagler-Berlin und Bochum-Berlin rieten, einstweilen keine Tarifverträge mehr abzuschließen, da man mit den Organisationen der Gehilfen schlechte Erfahrungen gemacht habe. Die in Hamburg beobachteten Verhältnisse wurden vor Matthei-Hamburg geschildert. Dort seien Tarifverträge das einzige Mittel, mit dem Arbeitern in Frieden auskommen. (Schen Sie, Herr Knob! D. R.) Freilich habe man im Eröffnungsrede noch keine Probe machen können. (Mag sein, R.) Gegenüber diesen sachlichen Ausführungen behauptete Walter-Hamburg, tatsächlich würde dort der Arbeitgeber nicht mucken, sonst würde auch dort der Bruch fertig sein. (In Berlin war es aber umgekehrt; weil hier die Gehilfen sich gegen rigorose Maßnahmen eines Unternehmers auflehnten, also mussten, wurden sie in ganz Berlin ausgesperrt. Waren hier die Unternehmer toleranter gewesen, wäre es kaum zum Bruch gekommen. R.) Cölln-Berlin sprach darüber, Tarifverträge von Verbänden wegen abzuschließen. W. aber eine einzelne Vereinigung günstige Verträge durchsetzen könne, da solle sie es auf eigene Faust tun. Auch Alsfeld-Berlin äußerte sich dahin, daß man es wohl wieder mit Tarifverträgen versuchen könne, wo die Umstände günstig seien. Die Gehilfenfamilie werde hoffentlich aus ihren in Berlin gemachten Erfahrungen die Einigkeit und Stärke des Verbandes der Fabrikanten erkannt haben und sich in Zukunft weniger übermäßig bemühen. Matthei-Hamburg hob noch einmal hervor, daß Tarifverträge doch auch im Interesse des Arbeitgebers liegen, da er sich anders nicht vor Überempfindung durch die Gehilfen schützen könne. In der Abstimmung wurde dann mit sehr großer Mehrheit beschlossen, daß der Abschluß von Tarifverträgen den einzelnen Vereinigungen freizustellen sei. Hierdurch erleidete sich der von dem Draufgänger Schneider-Würzburg gestellte Antrag, daß Tarifverträge überhaupt zu verwerfen seien.

Es folgte die Beratung eines Antrages des „Westdeutschen Verbandes“ (Elberfeld), der die Schaffung eines Zentralverbandes empfahl. Der Antrag wurde begründet von Herrn Massé, dem Generalsekretär des Deutschen Arbeitgeberverbandes. Massé suchte glaubhaft zu machen, daß auch in der Posamentenindustrie ein engerer Zusammenschluß der Arbeitgeber nötig sei, um „den Frieden zu sichern“. Man braucht ja nicht schon jetzt einen dahingehenden Beschluss zu fassen. Über wenn dieser Gedanke von nun an eifrig propagiert werde, so werde in Kürze – vielleicht schon bis zum nächsten Verbandsstage – es von selber zu der wünschenswerten Zentrale kommen. Cölln-Berlin befürchtete, daß werde weiter nichts als ein Großverband herkömmen werden, dem die kleinen Fabrikanten fernbleiben würden. Doch Herr

der ihn auf diese Weise so radikal wie möglich von allen Krautern schmerzen befehlt. Seht tun sie aber noch, als ob sie keine Schmerzen hätten. N.) Röver i. Leipzig rief sogar in einer Ansprache von Machtihel: „Wir sind eine Macht. Nun kommt, und sagt uns unsere Freunde zu durchbrechen, es soll euch nicht gelingen.“ Schließlich wurde ohne Widerspruch ein Antrag Massen angenommen, der dahin lautete, daß der Zusammenfluß der Arbeitgeber zu fördern und weiter auszubauen und der Ausbau an den deutschen Arbeitgeberverbänden in Erwägung zu ziehen sei.

Die Arbeitsnachweissfrage, die in der Debatte über die Centralverbandsfrage schon berührt wurde, erfuhr eine spezielle und eingehende Erörterung in der Debatte über einen Antrag der „Freien Vereinigung Hamburg-Altona“, der die Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises über ganz Deutschland forderte. Matthei i. Hamburg gab die Begründung dieses Antrages. In Hamburg sei der Nachweis in Händen der Gehilfen, das bedeute eine drückende Abhängigkeit der Arbeitgeber von der Gehilfenschaft. Man wolle „sich nicht gleich auf das schlechte Prax des Fabrikanten nachweisen lassen“, aber mindestens ein paritätischer Nachweis müsse angestrebt werden, am besten für ganz Deutschland, und zwar durch den Verband. Otto i. Berlin bezeichnete das als unmöglich. Die Gehilfenschaft sei es, die den paritätischen Nachweis nicht wolle, das gelte z. B. besonders für Berlin. Herr Matthei meinte, der paritätische Arbeitsnachweis sei eine wahre Suchtrute für die Arbeitgeber, die Parität stehe da nur auf dem Papier. Er könne nur raten, daß Arbeitgeber sich in ihren eigenen Nachweisen zu übereinstimmen suchen. Diese Ansicht fand ziemlich allgemeinen Beifall und wurde noch von mehreren Rednern vorgetragen. Blischko i. Berlin versicherte, es könne in keinem Nachweise so ungerecht zugehen, wie in dem der Gehilfen. Er dankte bei dieser Gelegenheit den Unternehmern aus ganz Deutschland für die Hilfe, die sie im letzten Winter den Berlinern durch Lieferung von Streisarbeit geleistet haben. Engel i. Berlin, von den kampflustigen Berlinern der Kampflosigkeit, erklärte: „Heute sind wir Sieger, morgen müssen wir den Arbeitsnachweis haben.“ Waller i. Hamburg fragte, die Hamburger Gehilfen würden sich ins häuslichen Lachen, wenn es nicht gelinge, auf dem Verbandsstage eine Liederndes des bisherigen Zustandes anzuhören. Schneider i. Bürgel empfahl, daß die Berliner Fabrikanten den Anfang machen sollten mit der Schaffung eines eigenen lokalen und auch eines zentralen Nachweises. Die zaghaften Hamburger wurden von Engel i. Berlin ermuntert, es um ihres Arbeitsnachweises willen am Kampf kommen zu lassen. Ganz Deutschland werde ihnen beitreten. Er selber erklärte sich bereit, ihnen Streisarbeit zu liefern, wenn es in Hamburg losgehe. Auch Otto i. Berlin versicherte, Hamburg könne auf die deutschen Posamentierer zählen. Da stieg ein Hamburger der Mut. Sie erkannten, daß ihre einstweilige Forderung, wenigstens einen paritätischen Arbeitsnachweis zu erzielen, den Unternehmern der deutschen Posamentenindustrie zu wenig war — und so zogen sie ihren Antrag zurück.

Vermischtes.

Brauen paßt auf! Seit Jahrenwohnt der aus Österreich kommende Emailarbeiter W. in Berlin. Vor zwei Jahren hat sich dort verheiratet. Er ist politisch und gewerkschaftlich tätig, als nach den Reichstagswahlen erschien in seiner Wohnung, als auf Arbeit war, ein Herr und fragte die Frau, ob ihr Mann einer gewerkschaftlichen Organisation angehöre. „Ich komme vom Vorwärts.“ Sie lesen ihn doch!“ hatte der Herr gesagt. Die Frau war arglos genug und ließ sich ausfragen. „Es handelt sich ähnlich,“ so plauderte der Spiegel weiter, „um eine statistische Aufnahme der Gewerkschaftsmitglieder. Ihr Mann wird Ihnen jetzt schon davon erzählt haben.“ W. hatte ihr allerdings nichts davon erzählt, aber sie gab arglos Antwort. Ihr Mann gehörte natürlich dem Verband seines Berufes an. Als W. am Abend nach Hause kam, erschien ihm diese Visite zwar verwunderlich, aber unterschob er zunächst dem „Statistiker“ nachzuspüren. Bald darauf belauschte W. die Auswirkung aus Preußen. Als nun W. einem Haushalte mitteilte, er müsse ausziehen und sei ausgewiesen worden, rief der Hauswart: „Ei, der war ja auch bei mir!“ Der Fremde hatte dabei erzählt, W. treibe sich nachts unheimlich seine Frau und so weiter. Der Wirt hatte ihm geantwortet, wer das sage, der sei ein Lügner; er selbst wisse aus eigener Erfahrung, daß W. in gläubiger Ehe lebe und immer am Tage ausgehe und zwar mit Weib und Kind. Gegen Ausweisungsbescheinigung legte W. Beschwerde ein; es half aber nichts; er hat mit Weib und Kind die schwarzwälder Pfähle hinterlassen müssen. Bei der Hallunke von Spion gewiesen ist, konnte der nachträglich nicht mehr ermittelt werden. — Die Brauen ihrer österreichischen Kollegen mögen auf der Hut sein.

Die deutschen Kohlenlager. Im Februarheft der „Flotte“ veröffentlicht der Bergreferendar Ritz einen Artikel über die deutschen Kohlenlager. Hierin sind die Kohlenvorräte Deutschlands bis einer Tiefe von 1500 Metern abgeschätzt und betragen in Summe 9,3 Milliarden Tonnen. Dabei ist die Förderung nicht stehen geblieben, sondern hat von Jahr zu Jahr zugenommen; sie ist gegen von 29.783.000 Tonnen im Jahre 1871 auf 116.864.000 Tonnen im Jahre 1903. Außer Kohlenverbrauch wird das Deutsche Reich nur übertrifft von Großbritannien und von den Vereinigten Staaten Nordamerikas, es übertrifft dagegen Frankreich um das Fünffache und Österreich um das Vierfache an Kohlen. Neben diesen Steinholzschäften besitzen wir noch große Braunkohlenlager, deren Förderung im Jahre 1903 46.056.000 Tonnen betrug. Ausser diesen für zusammenstellung ergibt sich, daß es uns nicht lange fehlt, um unser Heizmaterial. Alle muß es freilich doch geben. Wenn wir auch nicht dem egoistischen Grundsatz folgen: „Nach uns die Sintflut“, so können wir doch auf Grund der Entwicklung der technischen Wissenschaften mit Recht hoffen, daß es einmal, wenn die ungeheure Kohlenlager erschöpft sein werden, für die Höhe erscheinen haben wird.

Die Finanzen des Reiches und der deutschen Bundesstaaten, in dem eben erschienenen „Vierteljahrheft zur Statistik des deutschen Reiches“ veröffentlicht das Kaiserliche statistische Amt die Darstellung der Finanzen des Reiches und der deutschen Bundesstaaten. Sie behandelt die Ausgaben, Einnahmen, dauernden Bestandteile des Staatshaushalts sowie die Schulden. Die Nachweise bezüglich sich durchweg für die Voranschläge auf das Jahr 1903, für die Staatsrechnungen auf das Jahr 1904.

Insgesamt betrugen nach den Voranschlägen der Bundesstaaten von 1903 die Staatsausgaben 4818 Millionen Mark (davon 120 Millionen Mark außerordentliche), für Reich und Bundesstaaten 7189 Millionen Mark (darunter 407 Millionen Mark außerordentliche).

Die Staatseinnahmen belaufen sich bei den Bundesstaaten auf 6. bei Reich und Bundesstaaten auf 7177 Millionen Mark, davon außerordentliche 145 Millionen und sonstigen Staatsspenden 110 Millionen Mark.

Unter den ordentlichen Ausgaben und Einnahmen der Bundesstaaten stehen die Gewerbesteuern (2206 in Ausgaben und 8069 Millionen Mark in Einnahmen) an erster Stelle. Der Hauptanteil entfällt auf die Staatseinfassungen mit 1601 bzw. 287 Millionen Mark in Ausgaben und Einnahmen. Der Rest verteilt

sich auf Domänen, Forsten, Bergwerke, Post, Telegraph, Staatsdampfschiffahrt und die sonstigen Staatsbetriebe. Von dem Meinertage des Reichs an Gewerbesteuern (123 Millionen Mark) liefern Post und Telegraph 81, Staatsseisenbahn 20, den Rest die sonstigen Betriebe (Anteil an der Reichsbank, Reichsdruckerei, Münzwerken).

Die nächstwichtigste Einnahmequelle bilden die Steuern. An direkten Steuern erheben die Bundesstaaten 496 Millionen Mark, im Aufwand 80, Verleihes 71, Erbschafts- und Schenkungssteuern 30 Millionen Mark.

Das Reich bezahlt an Pößen 627, an indirekten Steuern 578 Millionen Mark (darunter 62 auf Grund der neuen Steuergesetze). Zahnhähnliche Nachfrage über das Staatsvermögen der einzelnen Bundesstaaten konnten nur in Beschränkung auf wichtige Bestandteile erbracht werden. Neben Überlebenskrisen früherer Rechnungsjahre, verfügbaren Staatskapitalvermögen usw., besitzen die Bundesstaaten ein Domänen- und 723.228 Hektar, an Forsten 4.064.981 Hektar, die Staatsseisenbahnen repräsentieren eine Länge von 50.147 Kilometern und ein Anlagekapital von 18.296 Millionen Mark.

Die fundierten Staatschulden beziffern sich zu Beginn des Rechnungsjahrs 1903 für die Bundesstaaten auf 12.482, für das Reich auf 8.884 Millionen Mark, die schwedenden Schulden betragen insgesamt 203 Millionen Mark; davon entfallen auf das Reich 180, auf Hamburg 29 Millionen Mark.

Ergebnis der Volkszählung in Ägypten 1907. Das vorläufige Ergebnis der nach 10-jähriger Pause Ende April 1907 stattgehabten Volkszählung in Ägypten ist folgendes:

Die Gesamtbewohlung ist seit 1897 von 10 Millionen auf rund 12 Millionen, also um 20 Proz. gestiegen.

Mario hat gegenwärtig 610.000 Einwohner gegen 565.187 im Jahre 1897, also 74.813 Einwohner oder 11,89 Proz. mehr.

Die Einwohnerzahl von Alexandrien ist in demselben Zeitraum von 81.047 auf 376.833, also um 81.788 oder 19,61 Proz. gestiegen. Demgemäß nimmt Alexandrien unter den Häfen des Mittelmeers der Einwohnerzahl nach die dritte Stelle ein; es wird von Neapel mit 563.540 Einwohnern und von Marseille mit 491.161 Einwohnern übertragen, während Genoa mit 237.770 Einwohnern hinter Alexandrien zurückbleibt. (Bericht des Kaiserlichen Konsulats in Alexandria.)

Stilblätter aus Schulaufläufen. Aus einem Aufsatz über die Schäden des Alkohols gibt ein Lehrer folgende großartige Sätze zum besten:

Augenblicklich leben sehr viele Leute im Gefängnis, weil sie unter dem Einfluß des Alkohols Selbstmord begangen haben.

Der Alkohol hat großen Einfluß auf die Entwicklungen des Arates.

Was den Alkohol betrifft, so sagen die Kerze, daß tödliche Erkrankungen die schlimmsten seien.

Die Herren Kerze haben bereits festgestellt, daß die hohe Sterblichkeitsdifferenz des Alkohols das Leben vieler Menschen verstört.

Viele Menschen behaupten, der große Missbrauch alkoholischer Getränke sei richtig, wieder andere nehmen ihn als — Medizin.

Der Alkohol ist der größte Feind des Menschen, denn er gibt ihm Kraft zum arbeiten.

Wer Alkohol trinkt, züchtet eine Ratte am Busen, die ihm den Kopf zertrümmert wird.

Hieran mögen sich noch ein paar andere auserlesene Sätze über verschiedene Themen anschließen:

Zu den größten Freuden des Winters gehört das Schlittschuhlaufen, bei dem man sehr leicht auch ein Bein brechen kann.

Pharao war so aufrißig mit Josefs, daß er eine Droschke holen ließ, um ihn durch die Stadt zu fahren.

Die Raubritter nährten sich von Bürgern und Kaufleuten, die sie unterwegs fingen.

Aus der Glorie (von Schiller) ersehen wir, daß der Mensch keinen Schrift im Leben tun kann, wenn sie nicht gesäubert wird.

Den Schluss soll der Ausspruch einer romantisch angehauchten höheren Tochter über die „Jungfrau von Orleans“ bilden: Schiller lädt die Johanna in der Schlacht fallen, aber sie starb eigentlich an einer ungünstigen — Liebe, denn sie wurde von den Engländern verbrannt, weil sie Lionel nicht lieben durfte —

Berichte aus Fachkreisen.

Griesheim b. Frankfurt a. M. Da in der Wachstumsverein Klein in Griesheim unerträgliche Zustände herrschen, bitten wir die Kollegen allerorts, dort keinerlei Stellung anzunehmen. Wir sind sicherlich nicht mehr in der Lage, aus unserer Kräfte den betroffenen Kollegen aus ihrer äußersten Notlage helfen zu können. Sollten Kollegen durch Agenten wieder angeworben werden, so bitten wir dieselben, sich bei Unterzeichnetem erst erkundigen zu wollen, da wir im Gegensatz für nichts mehr austreten.

Robert Böhm, erster Vorsitzender, Frankfurt a. M.

Merianstraße 10.

Günzburg. Am 22. Juni lagte im „Gesundbrunnen“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Das Andenken des verstorbenen Kollegen Ernst Niedel wurde in der üblichen Weise geehrt. Als Unterklasseer wurden die Kollegen Emil Schubert und Wende gewählt, als Revisor Kollege Clemens. Am 25. August wird ein Gewerbefest im „Luisental“ stattfinden. Beschwerden wurden erhoben über den schlechten Versammlungsbau. In der nächsten Mitgliederversammlung wird Kollege Schneide einen lehrreichen Vortrag halten. Darum erscheint am 20. Juli in Massen!

Gütersloh. Nachdem die hiesige Textilarbeiterchaft ein wenig aufgewacht war und sich ihrer Organisation, dem Zentralverband deutscher Textilarbeiter, in erheblicher Zahl angegeschlossen hatte und auch bereits Lohnbewegungen mit Erfolg durchgeführt hatte, konnten diejenigen Leute, welche die Berufsplattierung der Arbeiter zu ihrer Lebensaufgabe gemacht haben, dies nicht ruhig mit ansehen und mußten versuchen, auch hier festen Fuß zu fassen. Zu diesem Zweck wurde ein Flugblatt verbreitet, in dem der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein über das Bohnensied geprägt wurde und gleich darauf Einladungsschreiben zu einer Versammlung in der „Reichshalle“ mit dem Thema: „Der Gewerbeverein der deutschen Textilarbeiter und seine Stellungnahme zu heutigen Textilarbeiterbewegung“. Diese Zettel wurden am Dienstagabend voriger Woche verteilt, und schon am selben Tage abends fand die Versammlung statt. Man hoffte doch zweifellos, den Textilarbeiterverband überrumpeln zu können, doch ist dieses trotz allem nicht gegückt. Der Referent, Herr Beyer i. Bremenberg, seines Reichens Gewerbevereinssekretär, schilderte die Lage der Textilarbeiter und empfahl den Anschluß an den Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein. Die Kollegen Schneider und Gauleiter Oppitz, welcher zufällig hier war, schilderten die Tendenzen und Praktiken der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine unter lebhaftem Beifall der Anwesenden, zeigten, daß bei Lohnkämpfen kein Verlust auf die Gewerbevereine sei und forderten zum Beitritt in den Textilarbeiterverband auf. Außerdem Referent war auch ein zweiter Vertreter der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine, Herr Ober i. Görlitz, anwesend, welcher natürlich auch versucht, eine Danze für die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine zu brechen. Aber in Einigung von sachlichen Einwendungen wußte er weiter nichts als persönliche Anrempelungen der führenden der freien Gewerkschaften vorzubringen. So war er dem Kollegen Schneider seine Jugend vor, schimpfte, was das Zeug hält auf die Gauleiter Dietrich und Brüder, nannte sie Lügner usw. Das Verhalten der Versammlung war wohl den ehrenwerten Herrn darüber bestehet haben, daß die Gewerbevereine wirklich über einem Herzig stehen und von diesem gar nicht bestellt werden können. Die Kollegen Oppitz und Schneider, welche nochmals zum Wort kamen, stellten die Wahrheitlichkeit dieses

Herrn in das rechte Licht, zeigten an der Hand von Tatsachen, wie Herr Herzig und manche seiner Freunde sich bei Ausländern bewohnen haben und daß sie kein Vertrauen verdienten. Die Versammlung wird den Herren vom Gewerbeverein Hirsch-Dunders noch lange im Magen liegen. Wir können mit dem Verlauf derselben aufzufinden sein und nur wünschen, daß die Hirsch-Dunderschen Herren solche Versammlungen öfter machen. Wir werden dabei immer auf unsere Rechnung kommen.

Mülheim a. Rhein. Am Dienstag, den 25. Juni, beschäftigte sich hier eine gut besuchte öffentliche Gewerkschaftsversammlung mit dem Thema: „Was lehrt uns die Taktik, die die christlichen Gewerkschaftsführer während der letzten Lohnbewegung bei der Hirma Christoph Andrei befolgten?“ Gauleiter Aug. Steinbühl-Eberfeld beleuchtete unter lebhafter Zustimmung der Anwesenden das Auseinander der christlichen Gewerkschaftsführer. Der christliche Verbandsbeamte Möhling aus Düsseldorf habe von Anfang an Mülligkeit in die Reihen der Belegschaft getragen. Wiederum habe ich hier bei dieser Bewegung gezeigt, wie schädlich es ist, wenn die Arbeiter in verschiedene Organisationen zerstreut sind. Möhling habe zu Anfang der Bewegung in einer Fabrik, besprechungen rundweg erfordert, die christlichen Gewerkschaften seien Friedensorganisationen. Dieser Auspruch habe zur Folge gehabt, daß die späteren Versprechungen nicht mehr von dem richtigen Geiste besetzt waren, und zur Mülligkeit geführt. Möhling habe die Mitglieder allein distanziert lassen, und als ihm dann die Frage gestellt worden sei: Wie stellt sich denn Euer Hauptvorstand zu der Lohnbewegung? erklärte er: Wir haben noch keine Stellung dazu genommen. Nach dieser Erklärung war es mit der Bewegung vorbei. Daß infolge des Gebarens des Herrn Möhling die ganze Lohnbewegung in die Brüche gegangen, sei festgestellt. Trotzdem würden jetzt von christlicher Seite die größten Lügen und Verdrehungen in die Welt gesetzt. Das möge wohl noch im Münsterlande ziehen, aber die hiesige Arbeiterchaft kennt ihre Appenheimer und geht nicht mehr auf diesen Lem. Das hiesige Zentrumblättchen bringt in der heutigen Abendausgabe eine Einladung zu einer christlichen Versammlung. Diese Einladung spreche von Lügen der sozialdemokratischen Führer, die bei dieser Lohnbewegung gemacht sein sollen. Aber auch dort werde man versuchen, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen. Zur Diskussion war als erster Nebenvertreter Herr Möhling aus Düsseldorf, zugleich Mitglied des Centralvorstandes des christlichen Textilarbeiterverbandes, eingesetzt. Wie man die christlichen Führer hier einschätzt, ging aus der Geschäftsführungsdebatte hervor, die sich nun entspannt. Von Herrn Möhling und dem ebenfalls anwesenden Vorsitzenden des hiesigen Gewerkschaftsrats wurde eine ehrwürdige Erklärung verlangt, daß auch der Vertreter und Mitglieder der freien Gewerkschaften in der christlichen Versammlung unbeschädigte Freiheit gewährt würde. Nun erst als diese gegeben, bestieg Herr Möhling die Rednerbühne, und versuchte nach bekannter christlicher Verdrehungsmethode den Anwesenden klarzumachen, daß Steinbrink, indem er von Klassenkampf in der Fabrikbesprechung geredet und die christlichen Gewerkschaften angegriffen habe, den Baustoff in die Bewegung getragen habe, und derjenige sei, der das Scheitern der Lohnbewegung verschuldet habe. Nach Münster-Gladbacher Muster sprach er in 1½ Stunden Rede über konsequenter Klassenkampf in einer Weise, daß es dem überwachenden Beamten endlich an toll wurde und er den Vorsitzenden ersuchte, Herrn Möhling mehr zur Sache zu rufen. Die nachfolgenden Diskussionsredner bestätigten zum größten Teil die Ausführungen des Gauleiters Steinbühl-Eberfeld.

Dieser stand in seinem Schlusswort Gelegenheit, seine Stellung zur Frage des Klassenkampfes in klarer, des öfteren von leibhaftem Beifall unterbrochener Rede zu präzisieren. Wenn die christlichen Gewerkschaftsführer und Beamten die Arbeiter einer Hirma in Unterhandlungen treten lassen, und dann, wie Möhling selbst zugegeben, sage, die Christlichen würden auf alle Fälle mitmachen, aber nach acht Wochen, und zwar im letzten Moment, wenn alle Vorberatungen zur Durchführung der Forderungen, auch eventuell auf nicht günstigem Wege, getroffen seien. Möhling erklärte: Wir (der christliche Centralvorstand) haben noch keine Stellung zu der Frage genommen, sei das ein Tun, das nicht nur ihre Mitglieder, sondern die ganze Belegschaft müßt zu machen gezeigt sei. Es sei bejähmt für die christlichen Arbeiterführer, wenn man bei den heutigen schweren Kämpfen, die die Arbeiterchaft mit dem Unternehmertum führen muß, noch von Friedensorganisationen rede, und den Arbeitern begreiflich machen wolle, es gebe keinen Klassenkampf. Auf diese Weise fördere man nicht Arbeiter, sondern Unternehmertreppen. Hierdurch werde aber auch der Beweis erbracht, daß die christlichen Führer nicht das richtige Verständnis für die Lage der Mitglieder besitzen oder nicht bestehen wollen. Traurig sei, daß durch die Christen immer und immer wieder Brieftauben in die Reihen der Arbeiter getragen werde, denn während sich die Arbeiter befriedigt und triumphiere das Unternehmertum. Wenn Möhling behauptet, die Führer der freien Gewerkschaften trachten die Arbeiter zu Streiks und hechten die Belegschaften gegen die Arbeitenden auf, so sei dies eine jener Unwahrheiten, die schon zu Tausenden von Malen widerlegt worden seien; doch derartige Wahrheiten gehören zum eisernen Bestand der Münster-Gladbach-Zunftsgöttinge. Und wenn nun die Arbeiter dieses noch der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu befreien suchen, um sich bessere Lebensverhältnisse zu erringen, sei denn das ein Verbrechen? Der freierorganisierten Arbeiterchaft und deren Führer sei es ein Verdienst für die Menschheit anzuerkennen, daß sie diese gerechten Verbrennungen der bedrückten und gnechteten Arbeitermassen zu unterdrücken und zu fördern suche. Über die christlichen Arbeiterführer, die diese nur zu berechtigten Bestrebungen zu hinterziehen suchen, werden sich dadurch nicht den Dant, sondern den Fluch der Nachwelt erwerben.

Nach diesen Ausführungen verzichteten Herr Möhling und seine Gefreuen auf das Wort. Ein Schlußantrag wurde angenommen und die Versammlung mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung um 1½ Uhr nachts geschlossen.

Die Christen haben ihr Ehrenwort gehalten, aber wie! Die von ihnen einberufene Gewerkschaftsversammlung war von über 800 Personen besucht und bestand zu ¾ aus freien organisierten. Herr Möhling hatte sich aus Kreisfeld Verstärkung verschrieben, und zwar Herrn Bösch, Weibe redeten zusammen ¾ Stunden. Sie hielten aber Mühe, die Bösch gegen sie erhoben hatte, zurückzuweisen. Herr Möhling machte den Einbruch eines Karnevalsschreibers, während Herr Bösch die Anwesenden so langweilte, daß viele einschliefen und schliefen. Erst als gegen 12½ Uhr Kollege Steinbühl-Eberfeld als dritter Nebenvertreter, mit lautem Beifall begleitet, die Rednerbühne bestieg, änderte sich die Situation. Weibe Herren, Möhling und Bösch, unterbrachen nun aber Steinbrink fortwährend. Schließlich drohte der Vorsitzende mit Wortentziehung. Als aber alles nichts helfen wollte, schlug der Herr Vorsitzende mittler in der Nähe des Kollegen Steinbrink gegen 12½ Uhr nachts die Versammlung. Es standen noch zwei hiesige Beamte der freien Gewerkschaften in der Rednerreihe.

könnte. Aus dem Reichensdorfer Kreis wären aber welche zu bekommen. Aber von dort unten will man keine, das seien lauter Ausgesperrte. Als ein Arbeiter leistens um eine geringe Lohnerhöhung vorstellig wurde, hielt es, man habe doch keinen Untermann zur Verfügung. Das passt aber schlecht zu der Tatsache, daß den höheren Beamten des Betriebes erst kürzlich Lohnabnahmen von 20 M. pro Monat bewilligt wurden. Nun, wir müssen diesen dießen nicht, möchten aber doch nicht auf jede Verbesserung verzichten. Wollen wir aber Verbesserungen eringen, so müssen wir unsere Organisation stärken; nur durch sie können wir zum Ziel gelangen.

Reichenbach i. B. Lohnbücher sind hier ein seltener Artikel in den Gewerbeamtssäcken und -Büros. Die Lohnzettel sind oft recht mangelhaft. So liegt zum Beispiel von der Firma Vistowit ein Lohnzettel vor, welcher folgendermaßen aussieht:

(Mr.) . . .
640
310
700
— 1710
32
— 1878

Was diese Zahlen sollen, für was sie bestehen, ist ein Rätsel, dessen Lösung der Kombinationsgabe der Arbeiter überlassen bleibt. Sicherlich muss über andere Firmen wieder berichtet werden, daß sich deren Aufsteller Mühe geben, einigermaßen Ordnung in dieser Hinsicht einzutragen. Erkring in allen Betrieben aber wird er dann eintreten, wenn die Kollegen sich organisieren und geordnete Abstände verlängern, wie es in einer kürzlich abgehaltenen Versammlung geschehen.

Bekanntmachungen.

Zentralvorstand.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf dem Postanweisungsaufschluß anzugeben. Jede Sendung muss mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sein. Das selbe wird hinsichtlich aller anderen Sendungen an den Vorstand wie auch an die Redaktion verlangt. Alles für diese Bestimmung muss auch von der übrigen Sendung getrennt gehalten sein. Der Zentralvorstand.

In letzter Zeit ist es öfter vorgekommen, daß uns Mitglieds-Duplikatbücher von solchen Kollegen vorgelegt wurden, welche aus anderen Verbänden zu uns übergetreten waren. In diesen Büchern war als Stammmnummer diejenige eingetragen, welche die Kollegen vorher in den anderen Verbänden hatten. Dieses Verfahren ist falsch. Kollegen, welche aus anderen Verbänden zu uns übertraten, erhalten am Übertrittsort ein Mitgliedsbuch mit vorgedruckter Stammmnummer, und zwar kostenlos, wenn bis zum Tage des Übertritts die Beiträge in dem anderen Verbande bezahlt sind. Die Mitgliedsbücher des anderen Verbandes sind dabei abzurechnen und bei der nächsten Abrechnung mit einzuhängen.

Es wird dadurch vermieden, daß 2 Bücher mit gleicher Nummer bei uns im Verbande existieren. Das erste Buch wäre dasjenige, welches von uns mit vorgebrachter Nummer herausgegeben ist, und das zweite dasjenige, welches von den Ortsbeamten als Duplikatbuch mit der eingeschriebenen Nummer des anderen Verbandes verliehen ist.

Der Zentralvorstand.

Gauverwaltungen.

Gau Bayern. Eine größere Agitationstour wird vom 13. Juli ab in unserem Gau stattfinden. In allen Orten finden öffentliche Versammlungen statt, in welchen unsere Kollegin Frau Auguste Weisse-Bremen sprechen wird. Das Thema in allen Versammlungen lautet: „Die deutsche Textilarbeiterchaft im Kampf ums Dasein und die Stellung der Frau in der Industrie.“

Es finden Versammlungen statt am

Samstag, den 13. Juli, in Roth.

Sonntag, den 14. Juli, in Bruch.

Montag, den 15. Juli, in Forchheim.

Dienstag, den 16. Juli, in Erlangen.

Mittwoch, den 17. Juli, in Nürnberg.

Donnerstag, den 18. Juli, in Fürth.

Samstag, den 20. Juli, in Günzburg.

Sonntag, den 21. Juli, in Klingensteine.

Montag, den 22. Juli, in Görlitz.

Dienstag, den 23. Juli, in Augsburg.

Mittwoch, den 24. Juli, in Oberhausen.

Donnerstag, den 25. Juli, in Berlin.

Samstag, den 27. Juli, in Lebachausen.

Sonntag, den 28. Juli, in Staufenheim.

Montag, den 29. Juli, in Kempten.

Dienstag, den 30. Juli, in Rottern.

Mittwoch, den 31. Juli, in Immenstadt.

Donnerstag, den 1. August, in Oberndorf.

Samstag, den 3. August, in Bleichach.

Sonntag, den 4. August, in Weiler.

Montag, den 5. August, in München.

Dienstag, den 6. August, in Holzmoor.

Mittwoch, den 7. August, in Bruckmühl.

Donnerstag, den 8. August, in Weissenburg.

Samstag, den 9. August, in Weissenburg.

Sonntag, den 10. August, in Ingolstadt.

Kollegen und Kolleginnen! Es ist nun Eure Pflicht, durch intensive Agitation, die schon jetzt einzufordern muß, die Versammlungen zu Massenversammlungen zu gestalten. Einigungsflugzeuge müssen den einzelnen Filialen zugefunden werden. Durch eingesige Kleinarbeit muss allenholzen der Boden für diese Versammlungen vorbereitet werden. Jeder tue daher seine Pflicht! Wenn dies geschieht, dann werden auch wir neue Streiter für die Organisation gewinnen.

Der Gauleiter: B. Brügmann, Augsburg, Augenbastr. 9.

Van Thüringen. Die Adresse des Gaukassiers ist: Genf Ott, Gera, Südstr. 53 II.

Ortsverwaltungen.

Bradweber. Vom 1. Juli an ist unser Verkehrslokal das von Karl Schröder, Gänsestr. 4.

Freiberg. Der Vertrauensmann, Richard Fähnig, wohnt von jetzt an Frauensteinerstr. 19 part.

Hamburg. Reiseunterstützung wird nur abends, zwischen 7 und 9 Uhr, ausgezahlt.

Plauen i. B. Raut Versammlungsbeschluß sind die Fabrikarbeiter zugeteilt, von Zeit zu Zeit die Verbandsbücher zu kontrollieren, und werden deshalb alle Kollegen erachtet, ihnen hierbei behilflich zu sein.

Der Bevollmächtigte: Stralau-Nummelsburg. Sämtliche Mitglieder sind im eigenen Interesse verpflichtet, innerhalb 2 Wochen die Mitgliedsbücher entweder an die Unterkassierer oder im Zahlabend abzuliefern; in

Der Textil-Arbeiter

jedem Buch ist ein kleiner Zettel mit genauer Wohnungsangabe einzulegen.

Der Vorstand.

Sulz (El.). Am 27. Januar 1906 wurde A. Fons & Bauer aus unserem Verbande ausgeschlossen. Unter dem Vorbehalt, noch Mitglied zu sein, hat er sich in letzter Zeit Handlungen zuschulden kommen lassen, die uns bewegen, endringlich vor ihm zu warnen. Nähere Auskunft erteilt Friedrich Küsters, Höllengasse 144.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Eisenberg. Richard Weise, 42 Jahre alt — Proletarierfrankheit.

Delmenhorst. Marie Bärau, 20 Jahre alt — Lungenschwindsucht.

Greiz. Minna Wissall, 29 Jahre alt — Herzverengerung; Kunigunde Wittmann, 27 Jahre alt — Entbindungsfolgen.

Langenselkau. Reinhold Keller, Färberarbeiter, 34 Jahre alt; Josef Hartwig in Weigelndorf, 67 Jahre alt — Schlaganfall.

Freiburg (Sch.). Hermann Germann, 33 Jahre alt; Robert Peterich, 47 Jahre alt — Lungenerleiden.

Stralau-Nummelsburg. Am 26. Juni Ernst Weidmüller, 68 Jahre alt — Alzheimerismus.

M.-Gladbach. Franz Schafuel, 38 Jahre alt — Proletarierfrankheit.

Vietzheim. Christian Weinle, 46 Jahre alt — Lungenerkrankung.

Bartholdidorf. Am 28. Juni Karl Max Waller, 26 Jahre alt — Herzschlag.

Osterode. August Rojahn, Weber, 36 Jahre alt — Typhus.

Ebendorf. Wilhelm Bergfeld, 59 Jahre alt — Blinddarmentzündung.

Verbißdorf b. Chemnitz. Karl Felix Schubert, 29 Jahre alt — Lungenschwindsucht.

Neumünster. Am 30. Juni Wilhelm Schienbein, 80 Jahre alt — Lungenerleiden.

Gera. Ernst Möpach, 36 Jahre alt — Darmleiden.

Grimmitzsch. Wilhelm Otto, 55 Jahre alt — Leberleiden;

Edwig Günther, 20 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Streitfalltafel.

(Polizei, die nicht für die nächste Woche neu eingefandt werden, finden keine Aufnahme mehr.)

Im Streit befinden sich bzw. sind ausgesperrt:

Flüchtlingskinder usw. in

Ebendorf (Möh n. Lüne).

In Bewegung ohne Streit befinden sich

Familienarbeiter und -Arbeiterinnen in:

Chemnitz (David Richter).

Textilarbeiter in:

Wehrsdorf (Gebr. Angst u. Schöne u. Böhme),

Schland (Heine, A.-G.),

Wramshe.

Weber in:

Landeshut (Schlesien),

M.-Gladbach (W. Kuepper).

Von den in Berlin im Streit bzw. in Aussperrung gewesenen

Posamentierern

ist über ein Drittel noch nicht wieder eingestellt. Die Kollegen anderorts werden deshalb in ihrem eigenen Interesse dringend ersucht, Berlin noch zu meiden.

Versammlungskalender.

Altenburg. Sonnabend, 13. Juli, abends 8½ Uhr, im „Kronprinz“ (Neue Welt).

Auerbach i. B. Sonnabend, 13. Juli, abends 9 Uhr, im „Bürgergarten“, Klingenthalerstraße.

Augsburg-Lechhausen. Sonnabend (Samstag), 13. Juli, in der „Weißen Rose“.

Berlin. Jeden Freitag, abends von 7 bis 10 Uhr, bei Manschle,

Blumenstraße 38; Bahnhof.

Berlin. Bahnhof: Rüdersdorferstraße 18 bei Kub. Bitner.

Berlin. (Sektion der Defactore.) Jeden Sonnabend, abends von

7 bis 8 Uhr, bei Vollmann, Alte Jakobstraße 60; Bahnhof.

Berlin. (Sektion der Glider.) Jeden Freitag, abends von

8–10 Uhr bei Engel, Seydelstraße 30; Bahnhof.

Berlin. (Schiffchen und Handsticker.) Jeden Sonnabend, abends von

7–9 Uhr bei Möller, Landsbergerstraße 115.

Berlin. (Für Charlottenburg.) Jeden Sonnabend, abends von

halb 6 bis 8 Uhr, bei Otto, Marchstraße 23; Bahnhof.

Berlin. (Für Moabit.) Bahnhof: Gothaerstraße 24 bei Keil.

Berlin. (Sektion Rigsdorf.) Jeden Sonnabend, abends von halb 6 bis 7 Uhr, bei Berger, Bietenstraße 81; Bahnhof.

Berlin-Weißensee. Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Content, Leibnitzerstraße 5; Bahnhof.

Berlin II. (Posamentierer). Mittwoch, 10. Juli, abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75.

Bamberg. Montag, 8. Juli, abends 6½ Uhr, im „Grauen Peter“, Weidemann.

Berlader. Sonntag, 14. Juli, nachmittags 6 Uhr, bei Kaspar Jesinghaus, Silbertal.

Blohmacherbach. Sonntag, 14. Juli, nachmittags 5 Uhr, bei Hermann Häger.

Brackwede. Sonntag, 7. Juli.

Bramsche. Sonntag, 7. Juli, nachmittags 5 Uhr, bei Guxendorf.

Braunschweig. Sonnabend, 6. Juli, abends 9 Uhr, in Stegers Bierpalast; Posamentiererversammlung. — Sonnabend,

18. Juli, im „Gewerkschaftshaus“.

Bunzlau. Sonnabend, 18. Juli, abends 8 Uhr, in der „Fichte“.

Coesfeld. Sonnabend, 18. Juli, abends 8 Uhr, bei Grote, Kupferstraße.

Dülken. Sonntag, 14. Juli, nachmittags 6 Uhr, bei Brinkmann, Bahnhofstraße.

Düsseldorf. Sonnabend (Samstag), 18. Juli, abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Bergerstr. 8.

Eisenberg. Sonnabend, 18. Juli, in der „Union“; Bahnhof.

Göppingen. Sonnabend (Samstag), 18. Juli, abends 8 Uhr, im „Stuttgarter Hof“.

Gauern und Zell. Sonnabend (Samstag), 18. Juli, abends 8 Uhr, in der „Schiffslände“ in Zell.

Langensalza. Sonnabend, 18. Juli.

Leipzig.